

Dokumente zur Deutschlandpolitik

Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

III. Reihe/Band 2

1. Januar bis 31. Dezember 1956

Bearbeitet von Ernst Deuerlein und Hansjürgen Schierbaum

Frankfurt/Main: Alfred Metzner 1963. LXXXIV. 1176 S. (vergriffen)

Zum Inhalt:

Gesetzliche Grundlagen für die Aufstellung der Nationalen Volksarmee; Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland; Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht; Wiedervereinigungsinitiative der Bundesregierung; Gespräche zwischen FDP und LDPD in Weimar; Briefwechsel der UdSSR mit den Westmächten über die Abrüstungsfrage; Rückwirkung der Vorgänge in Polen und in Ungarn auf die deutschlandpolitische Diskussion.

Verzeichnis der Dokumente

Erster Halbband

01. 01. 1956	Interview des Bundeskanzlers Adenauer für die «Politisch-Soziale Korrespondenz» Bundeskanzler Adenauer nennt die Spaltung Deutschlands eine der wichtigsten Quellen der gegenwärtigen Spannung, betont die Verlässlichkeit der Verbündeten der Bundesrepublik und bezeichnet die Wiedervereinigung in einem neutralisierten und damit isolierten Gesamtdeutschland als eine Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen. Er gibt zu bedenken, daß eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands den Kommunismus sehr bald an den Grenzen des französischen, belgischen und niederländischen Potentials wirksam werden ließe.	3
01. 01. 1956	Kommentar der Zeitschrift «Einheit»: Wie soll das wiedervereinigte Deutschland aussehen? Der Aufsatz wendet sich gegen die Politik der Bundesregierung, befürwortet die allmähliche Annäherung und Zusammenarbeit der beiden gegenwärtig in Deutschland bestehenden Staaten und wiederholt den Beschluß der 25. Tagung des ZK der SED, demzufolge bereits jetzt über die Fragen der Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands wichtige Entscheidungen gefällt würden. Die Beseitigung der «Herrschaft der Monopolkapitalisten und Militaristen» wird als Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert; die damit verbundenen Erwartungen werden in fünf Forderungen zusammengefaßt. Schließlich wird der Vorschlag der Regierung der «DDR» auf Bildung eines gesamtdeutschen Rates als der «realste Vorschlag, wie die Wiedervereinigung verwirklicht werden kann», wiederholt.	5
01. 01. 1956	Kommentar des stellvertretenden Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda im ZK der SED, Kegel: Zweimal Genf Kegel gibt eine detaillierte Darstellung der von den Westmächten und der Sowjetunion auf den beiden Konferenzen in Genf eingenommenen Haltung, wozu er bemerkt, die grundsätzlich verschiedene Konzeption der Verhandlungspartner sei besonders in der Diskussion über die Deutschlandfrage zutage getreten. Er versichert, es gehe bei der Lösung der Deutschlandfrage nicht darum, die Errungenschaften der «DDR» ganz oder teilweise zu liquidieren, sondern darum, «auch in Westdeutschland den Imperialisten und Militaristen die Grundlage ihrer Herrschaft zu entziehen» und schließt mit der Bemerkung, die Verhandlungen der vier Mächte über die in der Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955 gestellten Aufgaben dürfen weitergehen.	11
05. 01. 1956	Aus der «State of Union Message» des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower betont die amerikanische Verantwortung gegenüber der Welt, erwähnt die Konferenz der Regierungschefs in Genf und spricht von der Größe der Aufgaben für das kommende Jahr. Er kündigt Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Grundlagen der amerikanischen Außenpolitik an und unterstreicht die Notwendigkeit, für die Führung des Kampfes für den Frieden ebenso viel Findigkeit, Hingabebereitschaft und Wissen aufzubringen wie für die Verteidigung in Kriegszeiten.	25
07. 01. 1956	Kommentar der Zeitung «Neues Deutschland»: Die Politik der SPD verändern Der Artikel gibt eine Stellungnahme des «Informationsdienstes der Linksorientierung der Sozialdemokratie» wieder; diese fordert ernsthafte Verhandlungen und Verständigung mit der «DDR» zur Lösung der Hauptfrage der Wiedervereinigung Deutschlands und die eindeutige Trennung der SPD von der NATO-Politik und von jeder Koalition mit der CDU.	29

14. 01. 1956	<p>Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, auf dem Parteikongreß zur Neuordnung Deutschlands in Köln</p> <p>Ollenhauer vertritt die Ansicht, ein neuer Ansatz zu erfolgversprechenden Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands könne nur gefunden werden, wenn die Bundesrepublik und die Westmächte bereit sind, über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland mit der Sowjetunion zu beraten und die «Pariser Verträge» in diese Beratungen einzubeziehen. Er fordert die Bundesregierung auf, sich ohne Verzögerung über eine derartige Initiative mit ihren westlichen Vertragspartnern zu verständigen, da die Überwindung der Spaltung Deutschlands die wesentlichste Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung und Befriedigung Europas sei, und kündigt an, daß ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland ein Deutschland des Neuaufbaus seiner wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ordnungen sein wird.</p>	31
	<p>AUSSPRACHE DER VOLKSKAMMER DER «DDR» ÜBER DEN VERTRAG ÜBER FREUNDSCHAFT UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER «DDR» UND DER VOLKSREPUBLIK CHINA SOWIE DIE AUFSTELLUNG DER NATIONALEN VOLKSARMEE ÜBERSICHT</p>	
18. 01. 1956	<p>Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl</p> <p>Grotewohl erläutert den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der «DDR» und der Volksrepublik China. Er bezeichnet das Zusammenwirken zwischen den Chinesen in Asien und der «DDR» in Europa als nicht unwesentliche Faktor für die Erhaltung des Friedens in Europa und Asien und polemisiert gegen die westlichen Pakte und gegen die Indienreise des Vizekanzlers Blücher.</p>	34
18. 01. 1956	<p>Beschluß der Volkskammer der «DDR» zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der «DDR» und der Volksrepublik China</p> <p>Die Volkskammer billigt einstimmig den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der «DDR» und der Volksrepublik China und bestätigt den Bericht Grotewohls über den Besuch einer Regierungsdelegation der «DDR» in der Volksrepublik China, in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Mongolischen Volksrepublik.</p>	40
18. 01. 1956	<p>Aus der Erklärung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Stoph</p> <p>Stoph rechtfertigt die Aufstellung der Nationalen Volksarmee mit der Einbeziehung der Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt. Er bezeichnet die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und die anderen werktätigen Schichten als die Träger der Volksmacht in der «DDR»; von der Schaffung einer gut ausgebildeten und mit moderner Technik ausgerüsteten Armee sagt er, sie liege im Interesse der werktätigen Bevölkerung. In der «DDR» habe es, versichert Stoph, bisher nur Polizeikräfte gegeben, denen er auch die Kasernierte Volkspolizei (KVP) zurechnet. Er verweist auf die neue Uniform der Nationalen Volksarmee, die im Farbton, Schnitt und in der Tragweise der nationalen Tradition des deutschen Volkes entspreche, den gesellschaftlichen Fortschritt manifestiere und unterstreiche, daß eine neue Armee des deutschen Volkes und seiner Arbeiterklasse entstehe, – frei von aggressiven Zielen. Stoph bittet abschließend die Volkskammer um Zustimmung zu dem ihr vorgelegten Gesetz.</p>	41
18. 01. 1956	<p>Abstimmung der Volkskammer der «DDR» über das Gesetz zur Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung</p> <p>Dieckmann stellt einmütige Zustimmung zu den der Volkskammer unterbreiteten Anträgen und Entwürfen der Regierung der «DDR» fest.</p>	46
21. 01. 1956	<p>Rundfunkansprache des Bundesministers Kaiser</p> <p>Bundesminister Kaiser verweist zunächst darauf, daß seit 1948 in der SBZ bzw. «DDR» aufgerüstet wurde, wiederholt die Erklärungen des Bundestages und der Bundesregierung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege erreicht werden solle und wendet sich gegen den Griff der Regierung der «DDR» nach der nationalen Tradition Deutschlands. Er versichert mit Nachdruck, keine Schwierigkeit, auch nicht die Existenz einer sogenannten Nationalen Volksarmee, werde die Deutschen daran hindern, sich immer wieder aufs Neue um die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege zu bemühen.</p>	46
23. 01. 1956	<p>Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower mit dem Entwurf eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten von Amerika</p> <p>Ministerpräsident Bulganin erinnert zunächst an die militärische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg und an die Konferenz der Regierungschefs in Genf. Er bedauert das Ende der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit und betont, Unterschiede der gesellschaftlichen Struktur sollten die beiden Länder nicht daran hindern, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen aufrecht zu erhalten, an denen beide Völker interessiert sind. Bulganin geht ausführlich auf die Probleme der Abrüstung ein und schlägt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit vor. Ein Entwurf dazu ist als Anlage beigegeben.</p>	49

24. 01. 1956	Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für die Zeitung «Industriekurier» Bundesminister von Brentano beschäftigt sich mit den Aussichten auf eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und auf Grund freier Wahlen für den Fall, daß die Bundesrepublik nicht Mitglied des Nordatlantikpaktes wäre. Er bemerkt dazu, die Sowjetunion habe sich mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland an der NATO abgefunden. Als Ziel der Sowjetunion bezeichnet er die Absicht, ganz Deutschland militärisch und wirtschaftlich in den sowjetischen Machtbereich einzubeziehen. Ausführlich setzt sich von Brentano mit der von den Westmächten der Sowjetunion angebotenen dreifachen Sicherheitsgarantie auseinander; die Frage nach einer wesentlichen Steigerung des Außenhandels mit den Ostblock-Ländern verneint er.	54
27. 01. 1956	Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin In Beantwortung des Schreibens des Ministerpräsidenten Bulganin vom 23. Januar stellt Präsident Eisenhower fest, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion seien durch die Charta der Vereinten Nationen miteinander verbunden, auch wenn diese den gegenwärtigen Zustand der internationalen Spannung nicht verhindert habe. Eisenhower bringt seine Enttäuschung über die Erfolglosigkeit der Konferenz der Regierungschefs in Genf zum Ausdruck und erinnert daran, dass die Außenminister beauftragt wurden, Mittel und Wege für die Lösung vor allem von drei Problemen zu finden, – der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung Deutschlands, der Abrüstung und der Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West. Er bittet Ministerpräsident Bulganin, zu bedenken, welche ungeheuerere Veränderung eintreten würde, wenn unverzüglich Maßnahmen ergriffen würden, um Deutschland in Frieden und im Rahmen der Sicherheit wieder zu vereinigen.	56
TAGUNG DES POLITISCHEN BERATENDEN AUSSCHUSSES DER TEILNEHMERSTAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES IN PRAG		
27. 01. 1956	Erklärung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Prag Ulbricht erläutert die Eingaben der Regierung der «DDR» an die Konferenz der Außenminister in Genf und polemisiert gegen die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik und gegen Einzelpersonen der Bundeswehr und des Auswärtigen Amtes. Er betont die Bereitschaft der Regierung der «DDR», Nichtangriffsverträge mit europäischen Staaten abzuschließen.	61
28. 01. 1956	Gemeinsame Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Am Ende ausführlicher Darlegungen zur politischen Situation verweisen die Vertreter der Signatarstaaten des Warschauer Vertrages auf die besondere Bedeutung, die nach ihrer Ansicht die Frage der Schaffung einer besonderen Zone der Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen in Europa, die beiden Teile Deutschlands umschließen soll, verdient. Eine entsprechende Vereinbarung könnte den Abzug bzw. die Begrenzung der Stärke ausländischer Truppen in beiden Teilen Deutschlands, die Begrenzung der bewaffneten Kontingente der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland und die erforderliche Kontrolle vorsehen. Die Erklärung nennt ein derartiges Abkommen einen wichtigen Schritt zur weiteren Entspannung in Europa und die Schaffung günstigerer Voraussetzungen auch für die Lösung des Deutschlandproblems.	65
28. 01. 1956	Schlußkommuniqué über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Das Kommuniqué berichtet über die Einbeziehung der Nationalen Volksarmee der «DDR» in die Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Vertrages und über die Annahme einer Deklaration. Die Bildung einer ständigen Kommission zur Ausarbeitung von Empfehlungen für außenpolitische Fragen und eines Vereinigten Sekretariats, dem die Vertreter aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages angehören, wird mitgeteilt.	70
31. 01. 1956	Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Mollet vor der französischen Nationalversammlung Ministerpräsident Mollet betont seine Ansichten über die Bedeutung der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit und versichert, der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands führe über die allgemeine und kontrollierte Abrüstung.	72
01. 02. 1956	Gemeinsame Erklärung des Präsidenten Eisenhower und des Premierministers Eden Präsident Eisenhower und Premierminister Eden legen am Ende ihrer zweitägigen Beratungen ihre Auffassungen über die weltpolitische Situation in acht Punkten nieder; sie verweisen auf die feierlichen Erklärungen zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit, auf die Expansionskraft des Kommunismus und auf die Bedeutung einer allgemeinen und wirksam kontrollierten Abrüstung.	72

01. 02. 1956	Aus der gemeinsamen Stellungnahme des Präsidenten Eisenhower und des Premierministers Eden In dem Europa betreffenden Teil des Kommuniqués ihrer Besprechungen betonen Präsident Eisenhower und Premierminister Eden, sie stimmen in bezug auf Deutschland darin überein, dass es, solange Deutschland gespalten bleibt, keine echten und stabilen Frieden gibt. Sie erklären, ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit fortzusetzen und bezeichnen die Regierung der Bundesrepublik als die einzige freie und legitim konstituierte deutsche Regierung, die deshalb allein berechtigt ist, das deutsche Volk in internationalen Angelegenheiten zu vertreten.	75
01. 02. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower In der Beantwortung des Schreibens des Präsidenten Eisenhower vom 27. Januar betont Ministerpräsident Bulganin die Friedensliebe der Sowjetunion. Er beschuldigt die Westmächte, auf die sowjetischen Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfrage nicht eingegangen zu sein und wiederholt seine Auffassung, in der Nachkriegszeit hätten sich in Europa zwei deutsche Staaten gebildet und konsolidiert. Die Frage der Schaffung eines einheitlichen Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staates könne ohne entsprechende Verständigung zwischen den Deutschen selbst – zwischen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland – nicht gelöst werden.	76
01. 02. 1956	Erklärung des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Wehner Der Abg. Wehner teilt mit, daß der Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen in seiner Sitzung vom gleichen Tage mit Erschütterung und Empörung von dem Urteil des Obersten Gerichts der Sowjetzone vom 27. Januar Kenntnis nahm.	81
02. 02. 1956	Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier im 2. Deutschen Bundestag Vor dem 2. Deutschen Bundestag wendet sich Bundestagspräsident Gerstenmaier gegen den Schau- und Propagandaprozeß vor dem Obersten Gericht der «DDR» und gegen das von diesem verkündete Urteil.	87
04. 02. 1956	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Vereinigten Staaten Die Regierung der Sowjetunion protestiert gegen Ablassung von Ballons in den sowjetischen Luftraum und fordert die Regierung der Vereinigten Staaten zur sofortigen Einstellung dieser Aktionen auf.	89
05. 02. 1956	Aus der Rede des Unterstaatssekretärs Hoover jr. in Berlin anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Sender RIAS Unterstaatssekretär Hoover jr. schildert die deutsche Nachkriegsentwicklung. Er geht auf das amerikanische Angebot vom Juli 1946, die US-Zone mit jeder anderen Zone oder Zonen in gemeinsamer Wirtschaftsverwaltung zu vereinigen, ein, nennt die wirtschaftliche und politische Gesundung Westdeutschlands phänomenal und verweist auf den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Er vergleicht die Situation in der Bundesrepublik mit den Verhältnissen in der «DDR». Er geißelt die Ausbeutung und Unterdrückung der deutschen Bevölkerung und schließt mit dem Hinweis auf die Hoffnung der ganzen Menschheit nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit.	90
05. 02. 1956	Antwort des Bischofs D. Dr. Dibelius auf eine Frage deutscher Kolonisten in Australien nach Vorstellungen der Evangelischen Kirche über den Prozeß der Wiedervereinigung Bischof Dibelius, der betont, nicht als Politiker, sondern als Mann der Kirche nach Australien gekommen zu sein, nennt die bevorstehende Rückkehr des Saargebietes die einzige vorhandene Analogie für eine Wiedervereinigung mit dem Osten. Er spricht von der Notwendigkeit und der Aufgabe eines gewissen Zeitraumes, während dessen der Osten eine Art Reichsland unter besonderen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen bildet. Der Schwerpunkt der allmählichen Wandlung zueinander werde nicht bei der Gesetzgebung, sondern bei der Verwaltung liegen.	95
06. 02. 1956	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die sowjetische Regierung protestiert gegen die Ablassung amerikanischer Ballons vom Territorium der Bundesrepublik Deutschland aus in den Luftraum der Sowjetunion. Sie verlangt, daß die Bundesregierung unverzüglich wirksame Maßnahmen ergreift, die die Benützung des Territoriums der Bundesrepublik für solche Handlungen künftig unmöglich machen und ersucht um Mitteilung über das Veranlaßte.	96
08. 02. 1956	Note der Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR In Beantwortung der sowjetischen Note vom 4. Februar bemerkt die Regierung der Vereinigten Staaten, daß diese ein bekanntgegebenes meteorologisches Unternehmen mit der Ablassung von Propagandaballons in Richtung auf die Sowjetunion verwechselt hat. Sie betont, daß sie weder direkt noch indirekt an irgend einem Projekt beteiligt ist, das die Ablassung von Propagandaballons über die Sowjetunion zum Ziele hat, und erklärt sich bereit, zur Vermeidung von Mißverständnissen und in Anbetracht der Einwendungen der sowjetischen Regierung, vorläufig auch auf das Ablassen weiterer meteorologischer Ballons zu verzichten.	98
08. 02. 1956	Aus der Erklärung des Abg. Carroll Reece im amerikanischen Repräsentantenhaus Der Abg. Reece erwähnt die Konferenzen von Jalta und Potsdam, weist auf die Bedeutung der gegenwärtigen Abtrennung Ostpreußens von Deutschland hin und schildert die Ausweisung seiner Bevölkerung. Im Anschluß gibt ein von der Landsmannschaft Ostpreußen in die Vereinigten Staaten entsandter Vertreter eine Erklärung zur Lage Ostpreußens ab.	99

08. 02. 1956	Erklärung des Volkskammerpräsidenten Dieckmann in der Volkskammer der «DDR» Dieckmann erläutert die Prager Deklaration vom 28. Januar, befaßt sich mit der sogenannten Ballonaktion über dem Gebiet der «DDR» und setzt sich mit der in der Bundesrepublik Deutschland geübten Kritik am Urteil des Obersten Gerichts der «DDR» vom 27. Januar auseinander, wobei er betont, der «Arbeiter- und Bauernstaat» sei entschlossen, sich gegen jeden Angriff zu schützen.	102
09. 02. 1956	Aus dem Kommuniké über die deutsch-italienischen Besprechungen in Bonn Das Kommuniké enthält die Feststellung, die italienische Regierung und die Bundesregierung als die einzige frei gewählte und legitime Vertreterin des ganzen deutschen Volkes stimmten in der Auffassung überein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen eine unerläßliche Voraussetzung für eine dauernde Entspannung und für einen wahren Frieden in Europa und in der Welt bildet.	107
10. 02. 1956	Schreiben des Botschafters Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Bonn an den Botschafter der UdSSR in Berlin Die Botschafter der Westmächte protestieren gegen die Demonstration der bewaffneten Kampfgruppen am 15. Januar in Ostberlin und bemerken, Aktionen dieser Art könnten äußerst schwerwiegende Folgen haben.	108
10. 02. 1956	Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für die Zeitschrift «U.S. News & World Report» Bundesminister von Brentano nennt die Fortdauer der Teilung Deutschlands die Fortdauer eines Spannungszustandes, der auch der Sowjetunion unerwünscht, ja sogar gefährlich erscheinen müsse. Er stellt fest, daß die Konferenz der Außenminister in Genf die Frage der deutschen Wiedervereinigung nicht vorgebracht hat und bezweifelt den Wert weiterer Gipfelkonferenzen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Brentano spricht sich gegen eine Neutralisierung Deutschlands aus, da die geographische, aber auch die ökonomische Lage Deutschlands eine erzwungene Isolierung eindeutig ausschließe und wiederholt zur Frage der Anerkennung der «DDR» die Auffassung der Bundesregierung mit der Versicherung, diese werde gegebenenfalls die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreifen.	109
XX. PARTEITAG DER KPDSU		
14. 02. 1956	Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, abgegeben von dem Ersten Sekretär Chruschtschow Chruschtschow bekennt sich zu den Leninschen Grundsätzen der friedliebenden Außenpolitik und gibt einen Überblick über die Haltung der Sowjetunion zu der internationalen Entwicklung. Er betont, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa würde den Lebensinteressen aller großen und kleinen Länder Europas entsprechen, den Weltfrieden zuverlässig garantieren und auch die Lösung der Deutschlandfrage ermöglichen. Deren Situation nennt er besorgniserregend, weil Deutschland noch immer gespalten bleibe und Westdeutschland verstärkt aufgerüstet werde. Im Anschluß daran wendet er sich gegen eine neue Achse Washington-Berlin und verteidigt die Politik der «DDR».	114
25. 02. 1956	Schreiben des Botschafters der UdSSR in Berlin an die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Bonn Der sowjetische Botschafter in Berlin teilt mit, den Inhalt des Schreibens der Botschafter der Westmächte vom 10. Februar der Regierung der «DDR» zur Kenntnis gebracht zu haben. Diese habe ihm mitgeteilt, die Kampfgruppen in den Betrieben seien geschaffen worden, um das Volkseigentum zu schützen und die friedliche Arbeit der Bürger gegenüber Angriffen von Diversionsgruppen und Spionageorganisationen zu verteidigen. Der Botschafter schließt mit der Bemerkung, Maßnahmen zur Einstellung der Tätigkeit und zur Liquidierung der Spionage- und Diversionsorganisationen in West-Berlin würden zur Minderung der Spannungen und zur Normalisierung der Lebensbedingungen in Berlin beitragen.	118
25. 02. 1956	Kommentar des «Bulletin»: Ein Artikel der «Iswestija» Der Kommentar wendet sich gegen den Vorwurf der «Iswestija», die Bundesregierung sei nicht an der Schaffung normaler deutsch-sowjetischer Beziehungen interessiert, sondern wünsche den Fortbestand des Kalten Krieges; er stellt den ungerechtfertigten und unbegründeten Vorwürfen Verhaltensweisen der sowjetischen Deutschlandpolitik gegenüber.	119

27. 02. 1956	<p>Aus der Rede des Bundesministers Strauß in Rom Bundesminister Strauß gibt in seiner Rede vor der ersten europäischen Studienwoche in Rom einen Aufriß über die deutsche und europäische Entwicklung seit 1918; er geht dabei ausführlich auf die sowjetische Politik nach Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte in Ost-, Südost- und Mitteleuropa ein. Er erläutert eingehend die Außenpolitik der Bundesregierung, die er als klar europäisch orientiert bezeichnet und warnt davor, sich bei der Frage der deutschen Wiedervereinigung Illusionen hinzugeben, denn die Wiedervereinigung an sich und um jeden Preis sei nicht das politische Ziel, das die Bundesregierung verfolge. Strauß untersucht die von Moskau geforderten Voraussetzungen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands und erklärt, eine Wiedervereinigung auf diesem Wege komme für die Bundesregierung nicht in Frage. Er schließt mit der Feststellung, der Ablauf des Jahres 1955 und der Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 hätten gezeigt, daß eine neue Phase des Ringens zwischen Ost und West, ein neuer Abschnitt des Kalten Krieges, begonnen habe. Für Deutschland bedeute dieser Umstand, nüchtern, wachsam, entschlossen und opferbereit zu sein.</p>	124
AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES BRITISCHEN UNTERHAUSES		
27. 02. 1956	<p>Aus der Erklärung des Abg. Robens Der Abg. Robens greift die Deutschland betreffenden Ergebnisse der Außenministerkonferenz in Genf auf, unterstreicht die Bedeutung einer allgemeinen Abrüstung für Europa und Deutschland und versichert, er betrachte ein geteiltes Deutschland als eine Bedrohung für den Westen, weil der Tag kommen kann, an dem der überwältigende Wunsch nach einer deutschen Wiedervereinigung das deutsche Volk veranlassen kann, einen «Alleingang» zu tun und Deutschland durch direkte Annäherung an die Sowjetunion zu vereinigen. Er wünscht als Ergebnis freier Wahlen ein wiedervereinigtes Deutschland, das zu den Vereinten Nationen zugelassen und an den regionalen europäischen Abkommen mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion beteiligt ist. Robens verweist auf die Schwierigkeiten freier Wahlen, deren Notwendigkeit er anerkennt. Er richtet schließlich an den Premierminister den Wunsch, den ursprünglichen Vorschlag für eine entmilitarisierte Zone zu einem weit größeren Plan auszubauen.</p>	132
27. 02. 1956	<p>Aus der Erklärung des Außenministers Lloyd Außenminister Lloyd skizziert die britische Einstellung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, wobei er auf den im Januar 1954 vorgelegten Eden-Plan hinweist. Er gibt eine zusammenfassende Darstellung über die Deutschland betreffenden Verhandlungen der Genfer Konferenz und verweist auf die Kontrolle der Rüstungen innerhalb der Westeuropäischen Union (WEU), die er einen praktischen Plan für Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen nennt.</p>	138
27. 02. 1956	<p>Aus der Erklärung des Abg. Viscount Hinchingbrooke Der Abg. Viscount Hinchingbrooke würdigt den Aufstieg der Bundesrepublik, läßt jedoch gleichzeitig bedenken, daß es noch ein anderes Deutschland gibt und behandelt ausführlich die Frage der Unterhaltskosten der in der Bundesrepublik stationierten britischen Streitkräfte. Er greift die Frage freier Wahlen in ganz Deutschland auf, wobei er auf die Unterschiede der Wahlsysteme in der Bundesrepublik und in der «DDR» eingeht.</p>	144
27. 02. 1956	<p>Aus der Erklärung des Premierministers Eden Premierminister Eden geht auf die Haltung der Westmächte gegenüber Deutschland und der NATO ein, wobei er alle dagegen in der Debatte vorgebrachten Einwände zurückweist.</p>	149
01. 03. 1956	<p>Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin Präsident Eisenhower beantwortet das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten zur Abrüstungsfrage vom 19. September 1955. Er gibt einen Überblick über die amerikanischen Vorschläge und Vorstöße zur Abrüstungsfrage und schließt mit dem Wunsch, daß die im Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen vertretenen Länder ein grundlegendes Übereinkommen erzielen.</p>	150
01. 03. 1956	<p>TASS-Erklärung zur deutschen Frage Die Nachrichtenagentur TASS wendet sich gegen Ausführungen des Bundesministers von Brentano zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Von den Ansichten des Bundesministers von Brentano über die Wiedervereinigung Deutschlands wird gesagt, diese könnten lediglich Illusionen über die Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands erwecken. Es wird erneut betont, daß die Sowjetunion direkte Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten als den einzigen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands ansieht. Russischer und deutscher Wortlaut der Erklärung.</p>	152

01. 03. 1956	Rede des Abg. Mende (FDP) in Stuttgart: Grundzüge eines Deutschland-Plans zur Wiedervereinigung Der Abg. Mende unterbreitet einen detaillierten Vorschlag über ein Verfahren zur Wiedervereinigung Deutschlands, der von einem Rückzug der Streitkräfte des Ostblocks hinter die Oder-Neiße-Linie ausgeht. Mende fixiert anschließend die politisch-verfassungsrechtlichen Stufen eines Wiedervereinigungsprozesses. Er bezeichnet seine Ausführungen als eine Diskussionsgrundlage und betont, die Deutschen müßten die ersten Anwälte einer Wiedervereinigung Deutschlands sein.	154
02. 03. 1956	Rede des Außenministers Pineau vor der anglo-amerikanischen Presse in Paris Außenminister Pineau legt die französischen Auffassungen zur internationalen Politik dar. Dabei verweist er auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten Mollet und erläutert die unterschiedliche Bedeutung einer Neutralisierung.	158
02. 03. 1956	Kommentar der «Londoner Diplomatischen Korrespondenz» Der Kommentar bezeichnet die Schlußfolgerungen eines Teiles der Presse, daß die außenpolitische Debatte des britischen Unterhauses und die Äußerungen des französischen Außenministers Pineau Wandlungen in der westlichen Deutschlandpolitik andeuten könnten, als unbegründet. Er stellt vor allem die Erklärungen des britischen Außenministers Lloyd heraus und versichert, im Zeitpunkt neuer Verhandlungen werde Großbritannien im engsten Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Bundesrepublik handeln.	159
04. 03. 1956	Aus dem Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, über den XX. Parteitag der KPdSU Ulbricht weist auf das Prinzip der friedlichen Koexistenz hin und betont, es sei eine ganz normale Entwicklung, daß durch die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der «DDR» die Ideen des Marxismus-Leninismus auch in Westdeutschland immer tiefer in das Bewußtsein breiter Massen der Werktätigen eindringen. Er geht auf die auf dem XX. Parteitag der KPdSU behandelte Frage, ob ein neuer Krieg in der gegenwärtigen Epoche unvermeidlich sei, ausführlich ein und betont, die Verantwortung für den Frieden liege auf den Schultern der deutschen Arbeiterklasse. Im Anschluß daran gibt Ulbricht eine ausführliche Darstellung und Rechtfertigung der Politik der SED. Er unterstreicht die Ausführung des sowjetischen Außenministers Schepilow, daß in solchen Ländern, in denen der Kapitalismus noch stark sei und über eine gewaltigen Militär- und Polizeiapparat verfüge, ein ernsthafter Widerstand der reaktionären Kräfte unvermeidlich sei und der Übergang zum Sozialismus sich unter den Bedingungen eines revolutionären Kampfes vollziehen werde.	160
09. 03. 1956	Verbalnote der Botschaft der UdSSR in Bonn an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland Die sowjetische Botschaft beklagt sich über die Schwierigkeiten, die einzelnen sowjetischen Staatsangehörigen wegen ihrer geplanten Rückkehr in die UdSSR bereitet wurden und ersucht um die Überlassung eines Verzeichnisses der verschleppten Sowjetbürger, um sie durch Mitglieder der Botschaft besuchen zu lassen und fordert die Freilassung und Repatriierung der in der Bundesrepublik inhaftierten Sowjetbürger. Russischer und deutscher Wortlaut der Verbalnote.	172
10. 03. 1956	Schreiben des Botschafters der Vereinigten Staaten, Conant, an Bundeskanzler Adenauer Botschafter Conant benützt die Beratungen über den Entwurf eines Bundeswahlgesetzes, um darauf hinzuweisen, daß der Vorbehalt des Genehmigungsschreibens des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 12. Mai 1949 gegenüber den Berliner Abgeordneten unverändert fortbesteht, da sich weder die Rechtslage noch die politische Situation geändert hat.	174
10. 03. 1956	Aus dem Communiqué über eine Sitzung des Bundesparteivorstandes der CDU Der CDU-Bundesparteivorstand spricht sich für den Vorschlag des Bundeskanzlers Adenauer aus, alle Bemühungen zur Förderung der Abrüstung von Seiten der Bundesrepublik mit größtem Nachdruck zu unterstützen und in Verbindung damit die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen.	176
10. 03. 1956	Beschluß des Vorstandes der SPD Der SPD-Parteivorstand weist auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen der politischen Gefangenen in der SBZ hin und fordert deren Freilassung.	176
11. 03. 1956	Aus dem Vortrag von Professor von Nell-Breuning SJ auf der 2. Bundestagung der Kreisverbandsvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Deutschen in Hannover: Sozialpolitik und Sozialreform im Hinblick auf die Wiedervereinigung Prof. von Nell-Breuning charakterisiert die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der «DDR» und betont die Wichtigkeit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit für die Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands. Unter dem Hinweis darauf, daß in der «DDR» etwas Grundstürzendes geschehen ist, begründet er die Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der sozialen Reform in der Bundesrepublik Deutschland.	177

15. 03. 1956	Kommentar des «Bulletin»: Abrüstung und Wiederherstellung der deutschen Einheit Der Kommentar untersucht die Frage, ob sich die Bundesrepublik Deutschland angesichts der neuen Initiative zur Abrüstung zu einer Überprüfung ihrer bisherigen Politik auf dem Gebiet von Abrüstung und Wiedervereinigung veranlaßt sehen könnte. Es wird hervorgehoben, daß das Interesse der Bundesregierung an einer kontrollierten Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung unvermindert ist. Neutralistische Gedanken werden daher als gefährlich charakterisiert. Der Aufbau der deutschen Bundeswehr wird als Musterfall einer begrenzten und kontrollierten Rüstung angesehen und ihre eindeutige Aufgabe, allein die Sicherung von Frieden und Freiheit zu bewirken, unterstrichen.	180
17. 03. 1956	Aus dem Interview des Bundeskanzlers Adenauer für den Westdeutschen Rundfunk Bundeskanzler Adenauer erläutert den Beschluss des CDU-Parteivorstandes vom 10. März und erklärt, eine allgemeine Rüstungsbeschränkung würde eine gute Atmosphäre schaffen, um die Ursachen der Spannungen in der Welt zu beseitigen, zu denen vor allem auch die Spaltung Deutschlands gehöre. «Es besteht», versichert Adenauer, «zwischen der Spaltung Deutschlands und der allgemeinen Entspannung, die zweckmäßiger durch eine Rüstungsbegrenzung einzuleiten wäre, ein enger Zusammenhang.» Im Anschluß betont er die existentielle Bedeutung der von der Bundesrepublik eingegangenen vertragliche Bindungen mit den freien Völkern des Westens.	182
19. 03. 1956	Entwurf eines Planes für stufenweise Abrüstung, vorgelegt von den Vertretern Frankreichs und Großbritanniens im Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen Der Entwurf sieht drei Phasen der Abrüstung vor, innerhalb derer eine stufenweise Beschränkung der Rüstung erfolgen soll. Im Anhang werden detaillierte Vorschläge für den Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Abrüstung unterbreitet.	183
20. 03. 1956	Mitteilung des «Bulletin» über eine Botschaft des Bundeskanzlers Adenauer an die Regierungschefs der Westmächte In einem Schreiben an die Chiefs der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und der Republik Frankreich versichert Bundeskanzler Adenauer, die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen in London würden wesentliche Fragen des Schicksals Deutschlands, dessen Wiedervereinigung sich die freie Welt zum Ziel gesetzt hat, und der militärischen Sicherheit der Bundesrepublik berühren.	187
21. 03. 1956	Beantwortung einer Anfrage des Abg. Rinke (CDU/CSU) durch Staatssekretär Hallstein vor dem 2. Deutschen Bundestag Staatssekretär Hallstein erklärt, das Auswärtige Amt sei bemüht, eine dem deutschen Standpunkt entsprechende Darstellung Deutschlands auf Kartenwegen des Auslandes herbeizuführen. Der geographische Dienst des Auswärtigen Amtes habe zu diesem Zwecke in erheblichem Umfang Deutschlandkarten ausgearbeitet und verbreitet. Die Vertretungen im Ausland würden bei den zuständigen Stellen darauf hinwirken, daß in den Kartenpublikationen die Grenzen und die Ortsnamen richtig wiedergegeben werden.	188
23. 03. 1956	Kommentar der Zeitung «Vorwärts»: Adenauer und die Abrüstung Der Kommentar wirft Bundeskanzler Adenauer mangelndes Interesse an der Abrüstungsfrage vor, fordert, nicht aus Torheit und Eigensinn an einer überlebten Konzeption festzuhalten und empfiehlt, der in Fluß geratenen Entwicklung gebührende Beachtung zu schenken.	188
24. 03. 1956	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Regierung der Sowjetunion setzt sich polemisch und kritisch mit der Note der Bundesregierung vom 6. März auseinander; sie protestiert gegen eine angebliche Auflassung von Ballons vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus.	193
24. 03. 1956	Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Ulbricht unterbreitet drei Vorschläge zur Annäherung und Wiedervereinigung Deutschlands, von denen er sagt, sie seien nicht nur für die Arbeiterklasse und die Bauern, sondern auch für die bürgerlichen Kreise annehmbar. Er fordert eine Umänderung der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland und verurteilt «die Politik der Stärke»; er betont, die größte Verantwortung für die politische Entwicklung in Deutschland liege auf den Schultern der Arbeiterklasse.	194
26. 03. 1956	Aus dem Schlußkommuniqué über die internationale Konferenz zur Schaffung eines Vereinigten Instituts für Kernforschungen in den Ländern der Volksdemokratie Eine vom 20.–26. März in Moskau tagende Konferenz, an der die «DDR» durch eine von Staatssekretär Wolf geführte Delegation vertreten war, hat ein Abkommen zur Schaffung eines «Vereinigten Instituts für Kernforschungen» mit Sitz in der Sowjetunion geschlossen. Zusätzlich ist die Errichtung eines Laboratoriums für theoretische Physik mit einer Errechnungsabteilung und mit Elektronenrechenmaschinen, eines Laboratoriums für Neutronenphysik mit einem experimentellen Kernreaktor von hoher Dichte des Neutronenstroms und eines Zyklotrons, bestimmt für die Beschleunigung von geladenen Ionen verschiedener Elemente und für experimentelle Arbeiten mit ihnen, sowie anderer experimenteller Anlagen und Laboratorien beschlossen worden. Zum Direktor des neu errichteten Instituts ist Prof. Dr. Blochinzew berufen worden.	197

27. 03. 1956	<p>Entwurf für ein Abkommen zur Reduzierung der konventionellen Rüstung und der Streitkräfte, vorgelegt von dem Vertreter der UdSSR im Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen</p> <p>Die Sowjetunion schlägt für die Jahre 1956 bis 1958 detaillierte Maßnahmen über die Verringerung der Streitkräfte und Minderung der konventionellen Rüstung, die Errichtung eines mit ausreichenden Rechten und Vollmachten ausgestatteten internationalen Kontrollorgans und die Schaffung einer Zone der Rüstungsbeschränkung und Rüstungsaufsicht in Europa vor. Sie empfiehlt, die Frage der Verpflichtungen, die China aus dem Abkommen zur Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte erwachsen, zusammen mit der Volksrepublik China zu prüfen.</p>	199
29. 03. 1956	<p>Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der UdSSR in Bonn</p> <p>Das Auswärtige Amt setzt sich unter Bezugnahme auf die Note der Botschaft der UdSSR in Bonn vom 5. März eingehend mit der Frage der Repatriierung von Sowjetbürgern auseinander und betont, daß die in der Bundesrepublik lebenden heimatlosen Ausländer und ausländischen Flüchtlinge aus freiem Willen hier wohnen und den deutschen Staatsbürgern in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht rechtlich gleichgestellt sind. Es gibt zu bedenken, das während in der Bundesrepublik kein Mensch unter Zwang zurückgehalten wird, in der Sowjetunion elf Jahre nach dem Ende des Krieges immer noch eine außerordentlich hohe Zahl von Deutschen gegen ihren Willen an der Rückkehr in die Heimat gehindert wird.</p>	203
00. 03./04. 1956	<p>Aufsatz des Abg. Wehner (SPD): Voraussetzungen der Wiedervereinigung Deutschlands</p> <p>Der SPD-Abg. Wehner geht von den Feststellungen aus, die amtliche Bonner Wiedervereinigungspolitik befinde sich in einer Sackgasse, die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands seien auf einen gefährlichen toten Punkt geraten und die Sprecher der Koalitionsparteien würden sich verhängnisvollen Trugschlüssen hingeben. Er bemerkt, zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bedürfe es der Zustimmung und Übereinkunft aller vier Mächte und legt die Etappen, die zur gegenwärtigen Situation geführt haben, dar. Von der sowjetischen Deutschlandpolitik sagt Wehner, sie bewege sich auf brüchigem Boden, solange die Autorität der UdSSR mit der Politik der SED belaste. Anschließend legt er die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion dar. Berlin nennt er den Probefall für alle Beteiligten und weist darauf hin, es werde in unmittelbarer Zukunft darauf ankommen, jede Aushöhlung des Vier-Mächte-Status von Berlin abzuwehren, jede Lockerung des Verhältnisses West-Berlins zur Bundesrepublik zu verhindern und die vorwiegend «fiskalische» Behandlung Berlins und seiner westlichen Anliegen durch eine der nationalpolitischen Bedeutung der Stadt und ihrer Bewohner gerecht werdende Praxis zu ersetzen. Wehner verlangt im Interesse der Verbesserung des Klimas zwei Anstrengungen zu unternehmen, alles zu tun, was zur Erleichterung der psychologischen und materiellen Lage der Deutschen in der SBZ beitragen kann und von der Bundesrepublik aus alles zu versuchen, was die Annäherung der beiden Teile Deutschlands begünstigt. Er erhellt drei Forderungen, von denen er sagt, die Bundesrepublik müsse sie erfüllen, wenn sie ihrer Pflicht, ihren Teil zum Zustandekommen der innerdeutschen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung beizutragen, nachkommen wolle und schließt mit einer Darlegung der Aufgabe der SPD in dieser Situation Deutschlands.</p>	205
03. 04. 1956	<p>Vorschlag für die erste Phase eines Abrüstungsabkommens, vorgelegt von dem Vertreter der Vereinigten Staaten im Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen</p> <p>Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterbreitet einen detaillierten Plan für die erste Phase eines umfassenden Abrüstungsabkommens. In dieser sollen die auf der Welt lastende Bedrohung durch atomare Kampfmittel gemindert, die Rüstungsausgaben gesenkt, Vorsorge gegen Überraschungsangriffe getroffen, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung gestärkt, ein zukünftiges Wettrüsten mit herkömmlichen oder nuklearen Waffen vermieden, für weitere Staaten ein umfassendes Programm zur Abrüstung vorbereitet und die Aussichten für einen gerechten und dauerhaften Frieden verbessert werden. Die zur Erreichung dieser Ziele geeignet erscheinenden Maßnahmen werden in 21 Punkten dargelegt.</p>	222
04. 04. 1956	<p>TASS-Kommentar zu den Londoner Verhandlungen des Abrüstungsunterausschusses der Vereinten Nationen</p> <p>Die Nachrichtenagentur TASS nimmt auf den Vorschlag der Sowjetunion vom 10. Mai 1955 Bezug und setzt sich kritisch mit der Haltung der Westmächte zur Abrüstungsfrage auseinander. Sie betont, daß die Annahme des sowjetischen Vorschlages vom 27. März der Verbesserung der internationalen Lage und der Festigung des Vertrauens in die Beziehungen zwischen den Staaten, besonders in die Beziehungen zwischen den Großstaaten dienen würde.</p>	227

04. 04. 1956	<p>Aus dem Interview des Ministerpräsidenten Mollet für die Zeitschrift «U.S. News & World Report»</p> <p>Der französische Ministerpräsident erklärt im Rahmen seines Interviews über den Stand der Abrüstungsbestrebungen: «Wir wissen nicht, ob die Russen die Wiedervereinigung Deutschlands wollen. Es ist sogar möglich, daß sie sie nicht wollen. Aber eines steht fest: Wenn es überhaupt eine Chance gibt, daß die Russen Deutschland wiedervereinigt sehen wollen, ist diese Chance nur im Rahmen einer allgemeinen weltweiten Abrüstung denkbar. Es ist schwierig, die Wiedervereinigung Deutschlands in einer Periode der Aufrüstung, insbesondere der Aufrüstung im mitteleuropäischen Raum ins Auge zu fassen, in der sich diese Wiedervereinigung für die Russen trotz weitgehender und konkreter Sicherheitsgarantien seitens des Westens, als ein vereinigt wiederbewaffnetes und völlig in den Atlantikpakt integriertes Deutschland vorstellt. Versetzt man sich in die Lage der Russen, ist diese Lösung für sie sicherlich kaum annehmbar.»</p>	229
05. 04. 1956	<p>Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl</p> <p>Grotewohl erinnert an die Vorschläge der Volkskammer der «DDR» vom 18. Januar 1956, befürwortet die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung und Schaffung einer neutralen Zone in Europa, streift die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten Mollet vom 4. April und polemisiert gegen die Bundesregierung.</p>	235
05. 04. 1956	<p>Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, zu den Erklärungen des Ministerpräsidenten Mollet</p> <p>Chruschtschow versichert, die Ausführungen des Ministerpräsidenten Mollet hätten ihm sehr gut gefallen. Er erinnert daran, daß die Westmächte auf der Konferenz der Regierungschefs in Genf auf der Rangordnung, erst Deutschlandfrage, danach Abrüstungsproblem, verharren hätten, und bemerkt, bereits in Genf habe Außenminister Molotow die umgekehrte Reihenfolge vertreten, die jetzt Mollet vertreten habe, zuerst Abrüstung, weil es dann leichter sein werde, die Wiedervereinigung Deutschlands und andere Fragen zu lösen. Chruschtschow betont, der Friede sei auch ohne Wiedervereinigung Deutschlands möglich. Aus Befragen erklärt er, die deutsche Frage müsse von den Deutschen selbst gelöst werden.</p>	236
06. 04. 1956	<p>Verlautbarung des Auswärtigen Amtes zu den Erklärungen des Ministerpräsidenten Mollet</p> <p>Das Auswärtige Amt erklärt, es teile nicht die Auffassung, daß eine Abrüstung der Lösung der Wiedervereinigung und der Sicherheitsfrage vorausgehen müsse und betont, keine deutsche Regierung werde bereit sein, Vorschläge ernsthaft zu diskutieren, die die Entspannung auf der Grundlage einer auch nur vorübergehenden Anerkennung oder stillschweigenden Hinnahme der Teilung Deutschlands erreichen wollen.</p>	237
07. 04. 1956	<p>Erklärung des Büros der Sozialistischen Internationale</p> <p>Die Erklärung bemerkt mit Nachdruck, Sozialismus und Kommunismus hätten nichts miteinander gemein. Die jüngste Wandlung der kommunistischen Taktik sei kein Anlaß zur Änderung der Stellungnahme des demokratischen Sozialismus, da er jede Einheitsfront und jede andere Form politischer Zusammenarbeit mit den Parteien der Diktatur entschieden ablehne. Die Verlautbarung weist darauf hin, daß die Sowjetunion zusammen mit den Westmächten schwere Verantwortung für die Lösung großer Probleme trage, wie z. B. für die Abrüstung und die Wiedervereinigung Deutschlands.</p>	239
09. 04. 1956	<p>Interview des Staatssekretärs Handke zur Erklärung der Bundesregierung über die Abrüstungsfrage</p> <p>Staatssekretär Handke beschäftigt sich mit der Reaktion der Bundesregierung auf das Interview des französischen Ministerpräsidenten Mollet; er bezeichnet die Verlautbarung des Auswärtigen Amtes vom 6. April als eine «offenbare Herausforderung aller Staaten, die sich um eine allgemeine Abrüstung und damit um eine internationale Entspannung bemühen».</p>	240
12. 04. 1956	<p>Interview des Bundesministers von Brentano für den Westdeutschen Rundfunk</p> <p>Bundesminister von Brentano bezeichnet die Spaltung Deutschlands als eine der Ursachen der politischen Spannung, die zum gegenwärtigen Rüstungsstand führte. Er betont das Interesse der Bundesregierung an Abrüstungsgesprächen und am Problem der Abrüstung und versichert, daß diese einer Änderung der Reihenfolge der weltpolitischen Probleme mit größter Besorgnis gegenüberstehe, weil eine Abrüstung, die die deutsche Spaltung nicht beseitige, sondern vielleicht sogar beständig mache, keine wirkliche Entspannung und keinen dauerhaften Friedenszustand herbeiführen könne. Frieden und Entspannung seien nicht unter der Verletzung der elementarsten Lebensrechte und Interessen eines Volkes denkbar. Brentano kündigt an, Bundeskanzler Adenauer werde bei dem für Ende Mai vorgesehenen Zusammentreffen mit dem französischen Ministerpräsidenten Mollet den Gesamtbereich der deutsch-französischen Beziehungen besprechen.</p>	242
13. 04. 1956	<p>Aus den Ausführungen des Bundesministers von Brentano auf der Bundespressekonferenz</p> <p>Auf Fragen erklärt Bundesminister von Brentano, er könne sich kein Abrüstungsabkommen vorstellen, in dem die deutsche Frage ausgeklammert ist und verweist auf die Existenz fester Zusagen der Westmächte, die Bundesregierung in ihrer Wiedervereinigungspolitik zu unterstützen. Er kündigt an, die Bundesregierung werde in absehbarer Zeit ihren Standpunkt zur deutschen Frage der Sowjetunion mitteilen.</p>	245

17. 04. 1956	Erklärung des Präsidenten Pieck zu Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands Pieck erklärt sich mit dem Appell des Weltfriedensrates an die öffentliche Meinung der Welt einverstanden und bekennt sich zu den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vom 27. März 1956. Er befürwortet die Errichtung einer Zone der Rüstungsbeschränkung in Europa und verlangt, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten durch die Einstellung jedweder Vorbereitung eines Atomkrieges dafür eintreten.	249
8. SITZUNG (I. Teil) DER BERATENDEN VERSAMMLUNG DES EUROPARATES		
17. 04. 1956	Aus dem Einführungsbericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, abgegeben von dem Abg. Benvenuti Der Bericht nimmt zu den Fragenbereichen europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung, Abrüstung, Entwicklung von Ost-West-Kontakten und sowjetisches Angebot von Freundschaftsverträgen ausführlich Stellung; er betont, der sowjetische Standpunkt auf der Konferenz der Außenminister in Genf stelle gegenüber der Direktive der Konferenz der Regierungschefs in Genf einen Rückschritt dar: Die UdSSR habe sich geweigert, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu garantieren, obgleich sie in der Juli-Direktive ausdrücklich den Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Errichtung eines Sicherheitssystems anerkannte.	256
18. 04. 1956	Erklärung des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano erläutert die Ansicht der Bundesregierung als der Sprecherin des ganzen deutschen Volkes; sie sage nicht: Wir wollen keine Sicherheit und wir wollen keine Abrüstung, wenn nicht zugleich Deutschland wiedervereinigt wird, sie sage vielmehr warnend, es führe kein anderer Weg zu einem wirksamen europäischen Sicherheitssystem. Entspannung und kontrollierte Abrüstung würden sich nicht in befriedigender Weise verwirklichen lassen, solange im Herzen des europäischen Kontinents ein Tatbestand bestehen bleibe, der einerseits den Spannungszustand aufrecht erhalte. Als Ziel der deutschen Politik nennt von Brentano ein «freies Deutschland, das als gleichberechtigter Partner in eine in Frieden geordnete und in ihrer Existenz gesicherte Gemeinschaft der Völker eingegliedert ist».	264
18. 04. 1956	Aus dem Kommentar der Zeitung «Prawda» zur Auflösung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien Der Kommentar gibt einen Rückblick auf Entstehung und Tätigkeit der Komintern und des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien und versichert, daß die Einstellung der Tätigkeit dieser Einrichtung keineswegs eine Schwächung der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien bedeute; diese würden auch in Zukunft untereinander Meinungen über die gemeinsamen Fragen austauschen und gleichzeitig Fragen der Zusammenarbeit mit den Parteien und Strömungen, die sich auf den Sozialismus hin orientieren, erörtern. Die kommunistischen Parteien würden sich weiterhin von den großen Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten lassen.	269
20. 04. 1956	Erklärung des Abg. Erler (SPD) in der Beratenden Versammlung des Europarates Erler geht ausführlich auf die Bedeutung der Abrüstungsgespräche ein und verweist auf die Notwendigkeit, Vorschläge zu entwickeln, die eine gemeinsame Lösung der Probleme der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichen. Er bemerkt, bei Fortdauer des Wettrüstens gebe es keine Wiedervereinigung Deutschlands und betont, ein wiedervereinigtes Deutschland als Mitglied des Atlantikpaktes werde einfach deshalb nicht zustande kommen, weil die Sowjetunion den Atlantikpakt nicht auf die SBZ erstrecken wolle. Erler tritt der Auffassung des Bundesministers von Brentano bei, daß eine wirksame Abrüstung ohne Wiedervereinigung Deutschlands nicht erreicht werden könne, denn solange Deutschland gespalten bleibe, gehe in Deutschland der Kalte Krieg weiter.	272
21. 04. 1956	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl auf der Festveranstaltung anlässlich des 10. Gründungstages der SED in Berlin Ministerpräsident Grotewohl setzt sich mit den SPD-Argumenten über die Wiedervereinigung Deutschlands auseinander und fordert die Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland: «Wir wollen die ganze Arbeiterklasse und damit die Kampfkraft der Arbeiterklasse im Interesse der Lösung unserer großen sozialen und nationalen Aufgaben stärken.»	277
21. 04. 1956	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf der Festveranstaltung anlässlich des 10. Gründungstages der SED in Berlin Ulbricht beschäftigt sich mit der Frage, wie ein dauerhafter Friede herbeigeführt werden könne; er nennt sie die Lebensfrage des deutschen Volkes. Er befaßt sich mit den SPD-Ansichten, rühmt Kral Marx und Friedrich Engels und führt aus, in Deutschland habe die SED die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und andere werktätigen Schichten zu dem Sieg über die Konzernherren, Bankherren und Großagrarien geführt und damit die Voraussetzung für die Herbeiführung der patriotischen Einheit der Bevölkerung geschaffen.	280

23. 04. 1956	Deklaration der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Die Erklärung spricht sich für den Appell des Weltfriedensrates aus, tritt für einen entschiedenen deutschen Beitrag zur Abrüstung ein und befürwortet die Schaffung einer Zone besonders begrenzter und kontrollierter Rüstung, die vor allem die Bundesrepublik und die «DDR» umfassen sollte. Sie wendet sich an die «beiden deutschen Regierungen» mit der Aufforderung, eine sofortige Verständigung über die Begrenzung der Rüstung in Deutschland herbeizuführen.	282
25. 04. 1956	Mitteilung über eine Note der Regierung der «DDR» an die Regierung Schwedens Die Regierung der «DDR» betont, Vereinbarungen über Vermögenswerte des ehemaligen Deutschen Reiches könnten nicht ohne ihre Mitwirkung getroffen werden. Solange Deutschland nicht als demokratischer Staat vereinigt sei, bedürfe es bei der Regelung gesamtdeutscher Fragen der Zustimmung beider deutscher Staaten.	287
26. 04. 1956	Abkommen zwischen der Regierung der «DDR» und der Regierung der UdSSR über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit Das Abkommen sieht eine enge kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der «DDR» vor.	287
26. 04. 1956	Schreiben Ulbrichts und Grotewohls an den Vorstand der SPD Ulbricht und Grotewohl teilen mit, der Ministerrat der «DDR» habe auf Vorschlag des ZK der SED beschlossen, dem Präsidenten der «DDR» Personen, die sich gegen Gesetze vergangen haben und für verschiedene Agentenzentralen tätig waren und die angeben, Mitglieder der SPD zu sein, zur Begnadigung zu empfehlen. Sie erwarten vom Parteivorstand der SPD, daß er einerseits alles unternimmt, um die Hemmnisse für eine Verständigung der beiden Arbeiterparteien aus der Welt zu schaffen.	290
26. 04. 1956	Aus der Entschließung der im Landesverband Oder/Neiße der CDU/CSU zusammengeschlossenen Vertriebenen und Flüchtlinge Die Entschließung umfaßt sieben Punkte; sie bezeichnet die Wiedervereinigung als ein Anliegen aller Deutschen und die Lösung der deutschen Frage als eine Voraussetzung für ein lebensfähiges Europa: «Gesamteuropäische Freiheit schließt die Lösung der deutschen Frage mit ein.» Jede nationalstaatliche Politik wird abgelehnt und die Konzipierung eines umfassenden Volksgruppenrechtes verlangt.	291
26. 04. 1956	Aus dem Kommuniqué über die britisch-sowjetischen Besprechungen in London Das Kommuniqué bezeichnet die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa als von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt, bemerkt jedoch, daß eine Verständigung über den einzuschlagenden Weg zur Erreichung dieses Zieles nicht gelang.	292
26. 04. 1956	Kommentar der «Londoner Diplomatischen Korrespondenz» zu der Behandlung der Wiedervereinigung Deutschlands in den britisch-sowjetischen Besprechungen Der Kommentar erläutert die Erklärung des britischen Außenministeriums, daß die Verwirklichung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ein fundamentaler Grundsatz der Außenpolitik der britischen Regierung sei und betont, daß das Problem der deutschen Einheit nicht der einzige Punkt war, in dem am Ende der britischen-sowjetischen Besprechungen völlig unveränderte entgegengesetzte Haltung zutage traten.	293
27. 04. 1956	Erklärung des britischen Außenministeriums anlässlich der Veröffentlichung des Kommuniqués über die britisch-sowjetischen Besprechungen Das britische Außenministerium betont, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ein fundamentaler Leitsatz der Außenpolitik der britischen Regierung ist; sie nehme unter den Problemen, deren Lösung zu fördern die Regierung bemüht sei, einen hervorragenden Platz ein.	293
27. 04. 1956	Erklärung des Bundesministers von Brentano zum Kommuniqué über die britisch-sowjetischen Besprechungen Bundesminister von Brentano äußert sich zu den einzelnen Formulierungen des Kommuniqués über die britisch-sowjetischen Besprechungen, unterstreicht das Interesse der Bundesregierung am Abrüstungsproblem und begrüßt die Erklärung des britischen Außenministeriums über die Bedeutung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.	294
27. 04. 1956	Verbalnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau Das sowjetische Außenministerium teilt mit, daß die ihm übermittelte Liste von Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und sich auf dem Territorium der Sowjetunion befinden, geprüft werden wird.	295

27. 04. 1956	Artikel des Grafen Coudenhove-Kalergi: Das Spiel mit der Weltrevolution – Wiedervereinigung und europäischer Zusammenschluß Graf Coudenhove-Kalergi beschäftigt sich mit der Priorität der zwei außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik, der nationalen Wiedervereinigung und dem europäischen Zusammenschluß und gibt zu bedenken, seit der Genfer Konferenz sei klar geworden, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands ohne Zustimmung der Sowjetunion unmöglich sei und dass diese ihre Zustimmung abhängig mache von der Abkehr Deutschlands von Europa und von der NATO. Er erklärt, wer für die Wiedervereinigung um jeden Preis sei, müsse bereit sein, den dafür geforderten Preis zu bezahlen: Europa zu opfern, um Deutschland zu einigen. Coudenhove-Kalergi untersucht die Konsequenzen einer Neutralisierung Deutschlands und bezeichnet den Gedanken daran als ein Spiel mit der Weltrevolution. Er verwirft den Eden-Plan und empfiehlt, an seine Stelle eine neue Politik der Wiedervereinigung treten zu lassen, die zunächst die Befreiung der «DDR» aus russischer Abhängigkeit und danach Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands anstrebt; mit fünf Empfehlungen beschließt er seinen Artikel.	296
01. 05. 1956	Ausführungen des Abg. Friedensburg (CDU/CSU) Der Abg. Friedensburg versichert, er pflichte dem Festhalten des Bundeskanzlers Adenauer an der europäischen Einigung und an der atlantischen Gemeinschaft bei, fordert jedoch, bei dieser Politik nicht auszuruhen, sondern sie als Ausgangspunkt für eine aktive Wiedervereinigungspolitik zu betrachten. Seine Auffassung dazu legt Friedensburg eingehend dar.	298
01. 05. 1956	Artikel des Abg. Mende (FDP): Gedanken zur deutschen Wiedervereinigung Der Abg. Mende nimmt Bezug auf seine am 1. März vorgetragenen Grundzüge eines Deutschlandplanes zur Wiedervereinigung, bedauert die Mißdeutungen und bewußten Verdrehungen und unterbreitet einen Plan über die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage eines neuen militärischen Status Deutschlands, dem nach seiner Ansicht alle vier Besatzungsmächte zustimmen können.	300
01. 05. 1956	Aus dem Artikel des stellvertretenden Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda im ZK der SED, Reinhold: Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten Reinhold unterscheidet zwischen den Beziehungen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Rahmen und den Beziehungen zwischen «beiden deutschen Staaten». Er behauptet, die Politik der Bundesregierung, eine «Politik der Stärke», sei gegen die internationale Entspannung gerichtet und betont, daß auf die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland das Prinzip der friedlichen Koexistenz nicht anwendbar sei, weil es, wie er ausführt, zwischen den friedliebenden deutschen Werktätigen und den «deutschen Militaristen» keine Koexistenz gebe. Die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands erfordere die ökonomische und politische Entspannung der «Militaristen und Imperialisten in Westdeutschland». Aus dieser Einsicht heraus habe die Regierung der «DDR» die politisch-moralischen Verpflichtungen, die deutsche Frage als Ganzes auf demokratischer Grundlage zu lösen.	304
02. 05. 1956	Aus dem Kommuniqué über die deutsch-britischen Besprechungen in London Das Kommuniqué betont das gemeinsame Interesse beider Regierungen an zahlreichen internationalen Problemen und versichert, die Regierungen Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland seien wie bisher davon überzeugt, daß in Europa keine echte Sicherheit bestehen kann, solange die Spaltung Deutschlands andauert.	306
02. 05. 1956	Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für den Südwestfunk Bundesminister von Brentano versichert, es gebe weder heute noch morgen eine deutsche Bundesregierung, die die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennen kann; das Recht auf die Heimat sei Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes der freien Völker. Er verweist auf die Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands und erklärt, daß nur eine Regierung, die von einem aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Parlament bestellt wurde, in der Lage sei, Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu führen. Brentano schließt mit der Versicherung, es gebe kein Grenzproblem, das die Bundesregierung mit Gewalt ändern wolle.	307
03. 05. 1956	Aus der Denkschrift der Bundesregierung: Warum brauchen wir die Wehrpflicht? Die Ausführungen der Denkschrift über das Thema «Das NATO-Bündnis und die Wiedervereinigung» betonen die gemeinsame Verpflichtung aller Mitgliedstaaten der NATO zur Beseitigung der vorhandenen Spannungen, auch zur Beseitigung der Teilung Deutschlands. Die Behauptung, daß eine allgemeine Wehrpflicht die Spaltung vertiefe, wird als unrichtig zurückgewiesen.	308
03. 05. 1956	Verordnung zur Erleichterung und Regelung von Maßnahmen an der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik Die Verordnung der Regierung der «DDR» regelt den Ausbau der Grenze zwischen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland und trifft eingehende Bestimmungen über die einzelnen Grenzbereiche.	310
03. 05. 1956	Abrüstungsvorschlag, vorgelegt von dem Vertreter der Vereinigten Staaten im Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen Der amerikanische Entwurf erläutert in acht Punkten die Grundlagen und Vorstellungen der Abrüstungspolitik der Regierung der Vereinigten Staaten.	314

04. 05. 1956	Vier-Mächte-Grundsatzserklärung, vorgelegt von den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Vereinigten Staaten im Abrüstungsunterausschuß der Vereinten Nationen Die Delegationen der vier Mächte geben eine zusammengefaßte Darstellung ihrer Vorschläge, stellen fest, daß die Delegation der Sowjetunion diese bisher nicht akzeptiert habe und bemerken, es sei an der Zeit, der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen zu berichten.	315
05. 05. 1956	Kommuniqué über die Tagung des Ministerrates der NATO Die Übersicht über die Situation im Bereich der NATO-Mitgliedstaaten enthält die Feststellung, es seien keine Fortschritte auf dem Wege zur Lösung bestimmter lebenswichtiger europäischer Probleme einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit gemacht worden.	316
05. 05. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl an Bundeskanzler Adenauer Grotewohl nimmt Bezug auf die Entscheidung der Bevölkerung des Saarlandes vom 23. Oktober 1955 und schlägt gemeinsame Beratungen der Regierungen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland unter Hinzuziehung von Vertretern der Regierung des Saargebietes über die Saarfrage vor. Die Aufnahme gemeinsamer Verhandlungen darüber nennt er einen bedeutungsvollen Schritt der Annäherung und Verständigung über den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands.	318
05. 05. 1956	Erklärung des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Wehner Der Abg. Wehner berichtet, der Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen des Deutschen Bundestages habe die Erklärungen der 3. Parteikonferenz der SED über die «Verletzungen der Gesetzlichkeit» in der «DDR» zur Kenntnis genommen; er sei zur Ansicht gelangt, daß nicht Worte, sondern allein Taten die Veränderung der Lage in der SBZ beweisen könnten. Dazu würden z. B. eine Revision der Urteile von allen politischen Gefangenen, eine umfassende Freilassung und die Beseitigung der Erschwerungen im Reiseverkehr der Deutschen über die Zonengrenze gehören.	320
05. 05. 1956	Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA betreffend Entwicklung in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands Die Große Anfrage nimmt Bezug auf die 3. Parteikonferenz der SED und richtet an die Bundesregierung 23 Fragen über die Situation in der «DDR» und über die Möglichkeit engerer Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands.	320
07. 05. 1956	Aus dem Bundeswahlgesetz Das Bundeswahlgesetz bestimmt Auswahl und Zusammensetzung der Berliner Abgeordneten zum Deutschen Bundestag.	322
10. 05. 1956	Rede von Sir Winston Churchill anläßlich der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen Sir Winston Churchill rühmt die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, betont «Wir würden unüberlegt und tadelnswert handeln, wollten wir versuchen, das Problem der europäischen Einheit, in dem die Wiedervereinigung Deutschlands einen lebenswichtigen Teil bildet, durch einen Gewaltstreich zu lösen» und erklärt, dass das NATO-System seinem Geist nach Russland und die (ost-)europäischen Staaten nicht ausschließen sollte.	323
10. 05. 1956	Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses für Deutsche Einheit, Loch, an den Präsidenten des Kuratoriums «Unteilbares Deutschland», Löbe Loch teilt mit, der Ausschuss für Deutsche Einheit halte es für zweckmäßig, das Problem der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik im Geiste der innerdeutschen Entspannung zu lösen und der Verfolgung politischer Gegner der Bundesregierung ein Ende zu setzen. Er führt einige Fälle an und schließt mit dem Ersuchen an den Präsidenten des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, dahin zu wirken, daß die politischen Gefangenen freigelassen und die schwebenden Verfahren eingestellt werden.	326
11. 05. 1956	Aus den Erklärungen des Bundesministers von Brentano auf einer Pressekonferenz Bundesminister von Brentano betont das entschiedene Interesse der britischen Regierung an der Wiedervereinigung Deutschlands, erläutert die Rede von Sir Winston Churchill in Aachen und befaßt sich mit den Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland.	330
11. 05. 1956	Interview des Botschafters der «DDR» in Moskau, König, für die Nachrichtenagentur ADN König äußert sich zur Frage der Rückführung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion; er erklärt, auch die Bereitschaft der «DDR» werde Anträge auf Umsiedlung nach Deutschland in großzügiger Weise behandeln und schließt mit der Hoffnung, daß die Bundesregierung Anstrengungen unternehme, um normale Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen.	333

12. 05. 1956	Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, für die Zeitung «Neues Deutschland» Ulbricht greift die «Adenauer-Regierung» und «Adenauer-Partei» an, verwirft die Erklärung des Bundesministers von Brentano, die Wiedervereinigung sei die Voraussetzung für die Abrüstung und erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands sei Sache der Deutschen selbst und könne nur durch Verständigung zwischen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Ulbricht unterbreitet anschließend Vorschläge über eine innerdeutsche Entspannung; er regt eine gemeinsame Vertretung der Interessen der Arbeiter durch DGB und FDGB an.	334
14. 05. 1956	Erklärung der Regierung der UdSSR über die Abrüstungsfrage und die Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte Die Regierung der Sowjetunion gibt eine ausführliche Darstellung ihrer Bemühungen um Abrüstung und Reduzierung der Streitkräfte seit Ende des Zweiten Weltkrieges und macht einen Beschluß über weitere Einschränkungen der zahlenmäßigen Stärke ihrer Streitkräfte bekannt.	339
14. 05. 1956	Beschluß des Senats von Berlin über die Verteidigung von Berliner Beamten auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Der Senat von Berlin legt die Fassung des Dienstgesetzes fest, der von den Berliner Beamten geleistet werden muß.	347
15. 05. 1956	Artikel von L. Haupt: Die Souveränität der beiden in Deutschland bestehenden Staaten Unter Bezugnahme auf Lenin und Theorien der sowjetischen Staats- und Völkerrechtslehre wird das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes interpretiert; Volkssouveränität sei ein Begriff der Klassenherrschaft und besage, daß die Klassenherrschaft vom Volke ausgeübt werde. Wenn in einem Staate die Volkssouveränität verwirklicht sei, sei sie der Klasseninhalt der staatlichen Souveränität. Die Behauptung vom Untergang des deutschen Staates im Jahre 1945 wird wiederholt und erläutert und anschließend die Stufen der Zurückgabe der politischen Handlungsfreiheit der «DDR» geschildert. Vom künftigen deutschen Nationalstaat wird gesagt, er könne nur ein souveräner Staat sein, dessen staatliche Souveränität auf dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation beruhe.	347
17. 05. 1956	Mitteilung über ein Protestschreiben der Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in Bonn an den Botschafter der UdSSR in Berlin Die Mitteilung macht einen Protest der Botschafter der drei Westmächte bei dem sowjetischen Botschafter in Berlin gegen den Aufmarsch bewaffneter Einheiten der Volksarmee am 1. Mai im Sowjetischen Sektor von Berlin bekannt.	366
18. 05. 1956	TASS-Erklärung zur Frage der Repatriierung von Sowjetbürgern aus der Bundesrepublik Deutschland Die Verlautbarung der Nachrichtenagentur TASS gibt eine Übersicht über den deutsch-sowjetischen Notenwechsel und behauptet, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland würden der Sowjetunion feindlich gesinnte Emigrantenorganisationen begünstigt, die Sowjetbürger, die in ihre Heimat zurückkehren wünschen, terrorisieren.	366
18. 05. 1956	Schreiben des Präsidenten Pieck an Bundespräsident Heuss Pieck wendet sich «wegen zahlreicher Fälle von Verletzungen der demokratischen Grundrechte und politischen Verfolgungen in der Bundesrepublik» an Bundespräsident Heuss, den er bittet, die Freilassung und Außerverfolgungsssetzung von Personen, Organisationen und Vereinigungen zu veranlassen, die für Abrüstung und für Verständigung zwischen «den beiden deutschen Staaten» eintreten.	369
18. 05. 1956	Interview des Vorsitzenden der FDP, Dehler, für die Zeitung «Die Weltwoche» Dehler spricht sich für eine Initiative der Bundesregierung zur Herbeiführung einer Vereinbarung der vier Mächte über die Wiedervereinigung Deutschlands aus, wobei er sich auf die Genfer Direktive vom 23. Juli 1955 bezieht. Er betont, die Wiedervereinigung Deutschlands sei keine rein deutsche Angelegenheit, sondern eine von den vier Mächten für sich anerkannte Verpflichtung.	371
19. 05. 1956	Aus dem Kommuniqué über die französisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau Das Kommuniqué stellt fest, daß die Verhandlungen keine Einigung über die Mittel zur Regelung der europäischen Probleme, deren Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens anerkannt wurde, erzielten.	375
19. 05. 1956	Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der UdSSR in Bonn Die Verbalnote des Auswärtigen Amtes geht auf die Fälle ausländischer Staatsangehöriger ein, die in der Heil- und Pflegeanstalt Haar bei München untergebracht sind. Sie betont, dass die Bundesrepublik als Rechtsstaat niemand gegen seinen Willen ohne Urteil unabhängiger Richter oder ohne amtsärztliches Gutachten in Gewahrsam halte, erklärt sich mit der Überprüfung der in Frage kommenden fünf Geisteskranken durch eine neutrale internationale Kapazität auf dem Gebiet der Psychiatrie einverstanden und wendet sich gegen die polemischen Ausführungen der Zeitung «Iswestija» vom 15. April 1956.	375

23. 05. 1956	Aus dem Interview des Staatspräsidenten Tito für die Nachrichtenagentur UP Tito bezeichnet die Abrüstung als den wichtigsten Schritt zur Schaffung der Voraussetzungen für die Lösung internationaler Probleme, fügt jedoch hinzu, daß er die deutsche Frage, ihre Lösung und die Wiedervereinigung Deutschlands, nicht unterschätze. Er spricht sich für die Herstellung von Kontakten zwischen West- und Ostdeutschland aus und erklärt, die Wiedervereinigung müsse auf einer Basis verwirklicht werden, die in gewissem Sinne und in bestimmten Fragen eine Individualität der einen wie der anderen Seite ermögliche.	378
24. 05. 1956	Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer vor der 7. Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Köln Bundeskanzler Adenauer betont die engen Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft und versichert, daß angesichts der unklaren Situation in der Sowjetunion größte Wachsamkeit geboten sei.	379
24. 05. 1956	Schreiben des Bischofs D. Dr. Dibelius an Volkskammerpräsident Dieckmann Bischof Dibelius erinnert daran, daß der Regierung der «DDR» Ende Dezember 1955 das Memorandum des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung übergeben worden sei und ersucht den Präsidenten der Volkskammer der «DDR», eine Änderung ihrer Verfassung vornehmen zu lassen, durch die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verankert wird.	381
25. 05. 1956	Aus der Rede des Bundesministers von Merkatz auf dem Landesparteitag der Deutschen Partei in Lüneburg Bundesminister von Merkatz führt aus, nach Auffassung der Deutschen Partei müsse es Ziel der deutschen Außenpolitik sein, ein Ausklammern der deutschen Frage oder auch Lösungen auf der Grundlage des Status quo, der Teilung Deutschlands, zu verhindern. Er ist der Ansicht, die Stunde für eine gemeinsame Aktion der gesamten freien Welt sei gekommen, den Deutschen in der Zone eine Vertretung zu ermöglichen, die als demokratisch legitimiert und somit als verhandlungsfähig angesehen werden kann.	382
25. 05. 1956	Schreiben des Bundesvorstandes des FDGB an den Bundesvorstand des DGB Nach einer eingehenden Beschreibung der sozialen und politischen Verhältnisse in der «DDR» unterbreitet der Bundesvorstand des FDGB dem Bundesvorstand des DGB detaillierte Vorschläge über eine intensive Zusammenarbeit.	384
26. 05. 1956	Vorschläge des Vorstandes der KPD zur Verständigung zwischen den beiden Teilen Deutschlands Für die Aussprache des 2. Deutschen Bundestages am 30. Mai unterbreitet die KPD eine Reihe von Vorschlägen und Forderungen.	388
	ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER «DDR» VOR DER VOLKSKAMMER	
29. 05. 1956	Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl Grotewohl setzt sich ausführlich mit der Politik der Bundesregierung auseinander. Mit der Lage der Bundesrepublik Deutschland vergleicht er die Entwicklung und gegenwärtige Situation der «DDR». Er polemisiert gegen die bevorstehende Aussprache des 2. Deutschen Bundestages und unterbreitet acht Vorschläge über eine Annäherung zwischen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland.	390
29. 05. 1956	Entschließung der Volkskammer der «DDR» Die Volkskammer begrüßt und befürwortet die von Ministerpräsident Grotewohl unterbreiteten Vorschläge und appelliert an «alle gutwilligen Deutschen, alle Kräfte für die Verständigung in Deutschland einzusetzen».	409
29. 05. 1956	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Vereinigten Staaten Die Note nimmt Bezug auf die Entdeckung eines Tunnels zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Sektor von Berlin und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die notwendigen Maßnahmen ergreift, um den Vorgang klarzustellen und die Schuldigen dafür zur Verantwortung zu ziehen.	410
29. 05. 1956	Antrag der Fraktion der SPD zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA betreffend Entwicklung in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands (Umdruck 608) Die SPD-Fraktion empfiehlt dem 2. Deutschen Bundestag die Annahme einer Entschließung, die in acht Punkte Möglichkeiten der innerdeutschen Annäherung und Entspannung anführt.	411
29. 05. 1956	Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, GB/BHE zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA betreffend Entwicklung in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands (Umdruck 609) Der Antrag empfiehlt dem 2. Deutschen Bundestag die Annahme einer Entschließung, durch die der Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen zu einer laufenden Berichterstattung verpflichtet wird.	412

30. 05. 1956	<p>Antrag der Fraktion der FDP zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA betreffend Entwicklung in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands (Umdruck 610)</p> <p>Der Antrag empfiehlt dem 2. Deutschen Bundestag die Annahme einer Entschließung, durch die die Bundesregierung beauftragt wird, in weit größerem Umfang als bisher den jungen Menschen in der Bundesrepublik Gelegenheit zu geben, die besonderen Verhältnisse, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, durch Reisen nach Berlin kennenzulernen.</p>	412
	<p>AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DIE ENTWICKLUNG IN DER SOWJETZONE UND MÖGLICHKEITEN ENGERER VERBINDUNGEN ZWISCHEN DEN BEIDEN TEILEN DEUTSCHLANDS ÜBERSICHT</p>	412
30. 05. 1956	<p>Begründung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP und Da durch den Abg. Brandt (SPD)</p> <p>Der Abg. Brandt geht ausführlich auf die Situation in der «DDR» ein. Er verweist auf den offenkundigen Gegensatz zwischen Worten und Taten und erörtert eingehend das Schicksal der politischen Gefangenen in der «DDR». Auch behandelt er die augenblickliche Situation der innerdeutschen Beziehungen und die gegenwärtige Problematik des Status von Berlin. Brandt spricht in seiner Schlußbemerkung von der Aufgabe, auf der Ebene der gestellten Fragen alles zu tun, um den Bestand als Volk ,zu wahren und dadurch der Wiedervereinigung den Weg mitebnen zu helfen.</p>	413
30. 05. 1956	<p>Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP und DA durch Bundesminister Kaiser</p> <p>Bundesminister Kaiser gibt namens der Bundesregierung eine ausführliche, mit umfangreichen statistischen Erhebungen und eingehenden Erörterungen versehene Beantwortung der in der Großen Anfrage gestellten 23 Fragen. Er schließt mit der Versicherung, die Bundesregierung werde mit Aufmerksamkeit die weiter Entwicklung in der SBZ verfolgen und von sich aus alles tun, um die Freizügigkeit in ganz Deutschland zu fördern und die geistige und kulturelle Einheit zu stärken und zu vertiefen.</p>	422
30. 05. 1956	<p>Abstimmung über die Anträge Umdrucke 608, 609, 610</p> <p>Der Antrag Umdruck 609 wird einstimmig angenommen. Der Antrag Umdruck 608 wird an den Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und an den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten verwiesen. Der Antrag Umdruck 610 wird an den Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, an den auswärtigen Ausschuß und an den Ausschuß für Jugendfragen verwiesen.</p>	442
01. 06. 1956	<p>Artikel von Prof. Scheuner: Die Frage der deutschen Wiedervereinigung nach den Genfer und Londoner Gesprächen</p> <p>Prof. Scheuner gibt zunächst eine Übersicht über die Entwicklung der deutschen Frage, wobei er vor allem auf die sowjetische Note vom 10. März 1952 eingeht. Anschließend untersucht er die internationalen Voraussetzungen der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Ergebnisse seiner Betrachtung «für die deutsche Orientierung» faßt er in vier Feststellungen zusammen.</p>	442
05. 06. 1956	<p>Aus dem Kommuniqué über die deutsch-französischen Besprechungen</p> <p>Das Kommuniqué teilt die Ansicht der Teilnehmer der Besprechung des Ministerpräsidenten Mollet, des Bundeskanzlers Adenauer und der Außenminister Pineau und von Brentano mit, daß die Durchführung eines Abrüstungsprogramms von der Lösung der den Weltfrieden bedrohenden Probleme abhängig sei; die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands stehe dabei an erster Stelle. Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau unterrichteten ihre deutsche Kollegen über die Ergebnisse und die Eindrücke ihres Besuches in Moskau.</p>	449
05. 06. 1956	<p>Aus den Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer auf einer Pressekonferenz in Bonn</p> <p>Bundeskanzler Adenauer macht bekannt, dass N. S. Chruschtschow in Gesprächen mit der französischen Delegation erklärt hat, ihm seien 17 Millionen Deutsche in der Hand lieber als ein vereinigtes, wenn auch neutrales Deutschland. Bundeskanzler Adenauer verbindet damit die Aufforderung an die drei westlichen Mächte, die Position des Rechtes zu vertreten und nicht nachzulassen, die Sowjetunion zu drängen, ihre ihr gegenüber Deutschland obliegenden Pflichten zu erfüllen.</p>	450
05. 06. 1956	<p>Kommentar der «Londoner Diplomatischen Korrespondenz» zur sowjetischen Deutschlandpolitik</p> <p>Der Kommentar beginnt mit der Feststellung, bereits die Genfer Außenministerkonferenz habe eindeutig gezeigt, daß Moskau die Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands nicht als Preis für die –Befreiung der Sowjetzone betrachten würde und betont, die Forderungen der Sowjetunion würden die der Wiedervereinigung Deutschlands vorausgehende Auflösung des gesamten Sicherheitssystems und die Festlegung der politischen Situation Gesamtdeutschlands verlangen und zur Bolschewisierung von ganz Deutschland führen. Er schließt mit der Bemerkung, vorläufig sei kein Anzeichen für eine Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik vorhanden.</p>	451

SCHREIBEN DES MINISTERPRÄSIDENTEN BULGANIN

06. 06. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower Ministerpräsident Bulganin erklärt, das Abrüstungsproblem sei noch immer eines der wichtigsten und unaufschiebbarsten internationalen Probleme. Er teilt die vorgenommenen Verringerungen der sowjetischen Streitkräfte mit und erbittet Aufmerksamkeit für die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 14. Mai 1956.	452
06. 06. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Premierminister Eden Ministerpräsident erinnert an seinen und Chruschtschows Aufenthalt in London und verweist auf die bekanntgegebenen Verringerungen der sowjetischen Streitkräfte. Unter Bezugnahme auf eine Parlamentserklärung des Premierministers Eden gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß gerade die Großmächte einen Anfang mit praktischen Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte machen. Die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 14. Mai 1956 legt er mit der Bitte um Beachtung bei.	454
06. 06. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Ministerpräsident Mollet Ministerpräsident Bulganin nimmt auf die französisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau Bezug und stellt die gemeinsamen Ansichten über die Bedeutung des Abrüstungsproblems heraus. Er verweist auf die Verringerung der sowjetischen Streitkräfte und auf die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 14. Mai 1956.	456
06. 06. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer Ministerpräsident Bulganin erinnert an die Moskauer Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im September 1955. Er beschwört die Leiden des Sowjetvolkes und des deutschen Volkes im Zweiten Weltkrieg und betont das Interesse der Regierung der Sowjetunion am Abrüstungsproblem, verweist auf die bekanntgegebene Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte und macht auf die Erklärung der Sowjetunion zum Abrüstungsproblem aufmerksam. Russischer und deutscher Wortlaut des Schreibens.	458
06. 06. 1956	Stellungnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der «DDR» zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands Die Bekanntgabe einer Äußerung Chruschtschows zur deutschen Frage durch Bundeskanzler Adenauer wird scharf verurteilt; daran angefügt wird die Bemerkung, daß unter den Bedingungen der Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO eine Wiedervereinigung nicht möglich sei.	462
07. 06. 1956	Aus der TASS-Erklärung zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Adenauer Die Nachrichtenagentur TASS wendet sich gegen Äußerungen, die Bundeskanzler Adenauer über das sowjetische Desinteresse an der Wiedervereinigung Deutschlands machte und wirft sowohl Bundeskanzler Adenauer als auch Außenminister von Brentano vor, eine «neue antisowjetische Propagandakampagne» eröffnet zu haben.	462
09. 06. 1956	Verlautbarung des «Bulletin» zu der von Ministerpräsident Mollet in Luxemburg bekanntgegebenen Chruschtschow-Erklärung Das «Bulletin» stellt fest, dass die Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten nicht von deutscher, sondern von französischer Seite an die Presse weitergegeben wurden und verweist auf eine Mitteilung des französischen Außenministers Pineau, derzufolge Chruschtschow erklärt hatte, er würde es vorziehen, 20 Millionen Deutsche mit sich zu haben, als 70 Millionen gegen sich, selbst wenn sie neutralisiert sein würden.	463
11. 06. 1956	Erklärung des Vorsitzenden der FDP, Dehler, auf einer Pressekonferenz in Berlin Dehler versichert, in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands müsse eine «heilige Unruhe» herrschen. Berlin sei der «Inbegriff des Reiches, das wir alle erstreben». Die Note des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer bezeichnet er als bedeutsam und teilt das Ergebnis einer Besprechung mit einer namentlich nicht genannten einflußreichen sowjetischen Persönlichkeit über die Frage der deutschen Einheit mit.	464
11. 06. 1956	Schreiben des Volkskammerpräsidenten Dieckmann an Bischof D. Dr. Dibelius Dem Ersuchen des Berliner Bischofs nach verfassungsmäßiger Verankerung des Rechts auf Kriegsverweigerung weicht Dieckmann mit der Bemerkung aus, ein solches Problem könne sich nur dort stellen, wo die allgemeine Wehrpflicht eingeführt sei. Er verweist auf die am 29. mai von Ministerpräsident Grotewohl abgegebene Regierungserklärung und fordert Bischof Dibelius auf, sein Schreiben den Pfarrern bekanntzugeben.	466
13. 06. 1956	Schreiben des Bischof D. Dr. Dibelius an Volkskammerpräsident Dieckmann Bischof Dibelius nimmt zu den Ausführungen Dieckmanns Stellung, wiederholt seine Ansicht von der Aufgabe der Kirchen, sich vor das Gewissen der einzelnen zu stellen und betont, die evangelische Kirche werde nie damit einverstanden sein können, daß die Auseinandersetzung über diese Frage auf eine politisch Ebene verlagert wird. Aus diesem Grund lehnt er es ab, auf die Frage einzugehen, ob die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland angezeigt ist oder nicht.	467

13. 06. 1956	Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Dulles in Washington Die Verlautbarung teilt mit, daß an erster Stelle der in den deutsch-amerikanischen Besprechungen erörterten Probleme die Frage der deutschen Wiedervereinigung stand. Sie erinnert daran, daß vor fast einem Jahr in Genf die Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten ihre gemeinsame Verpflichtung für die Lösung der Deutschlandfrage durch freie Wahlen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes bekundeten und stellt die gemeinsamen Auffassungen über die Bedeutung der NATO heraus.	469
13. 06. 1956	Interview des Abg. Wehner (SPD) für die Zeitung «Prawda» Der Abg. Wehner bezeichnet Betrachtungen darüber, daß einseitige Schritte, die zur Reduzierung der militärischen Streitkräfte führen, noch keinen Ersatz für einen internationalen Abrüstungsvertrag mit internationaler Kontrolle darstellen, als müßig. Er betont, daß die zahlenmäßige Verminderung der noch auf deutschem Boden befindlichen ausländischen Truppen eine Übergangsmaßnahme sein kann, die den Abschluß eines Sicherheitsabkommens erleichtert; eine solche Entwicklung müsse deshalb auch im Interesse der friedlichen Lösung der deutschen Frage begrüßt und gefördert werden.	470
15. 06. 1956	Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für die Nachrichtenagentur AP Bundesminister von Brentano betont, daß nach Ansicht der Bundesregierung zwischen der Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems und der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in demokratischer Freiheit ein unlösbarer innerer Zusammenhang besteht. Er versichert, ein wiedervereinigtes Deutschland wolle und werde einem europäischen Sicherheitssystem angehören, schließt jedoch die Unterstellung aus, daß Deutschland irgend einem Nachbarn gegenüber feindlich eingestellt sein würde; man dürfe von der Bundesrepublik und vom wiedervereinigten Deutschland jedoch nicht ernstlich verlangen, daß sie ihren politischen Standort wechseln.	471
15. 06. 1956	Interview des Marschalls Gretschko für die Nachrichtenagentur ADN Marschall Gretschko weist auf die Verringerung der sowjetischen Streitkräfte und auf den dadurch bedingten Abtransport sowjetischer Truppen aus der «DDR» hin. Er kündigt an, die frei gewordenen Gebäude und Mittel würden der Regierung der «DDR» zur Verfügung gestellt und spricht von der Bereitschaft der sowjetischen Regierung, die in Deutschland stationierten Truppen weiter zu verringern, wenn sich auch die Regierungen der Westmächte dazu verstehen.	472
18. 06. 1956	Abkommen zwischen der Regierung der «DDR» und der Regierung der UdSSR über den Luftverkehr Das Abkommen enthält eingehende Bestimmungen über eine enge Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der «DDR» auf dem Gebiet der zivilen Luftfahrt.	474
19. 06. 1956	Interview des Ministerpräsidenten Grotewohl für die Zeitung «Avanti» Grotewohl erklärt, die Abrüstung würde unzweifelhaft die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern. Er verweist auf die Erklärung der Regierung der «DDR» vom 29. Mai, erwähnt die Diskussion über eine Demokratisierung der «DDR» und begrüßt die Ankündigung der SPD, sich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und für die Reduzierung der für die NATO vorgesehenen militärischen Kontingente auszusprechen. Von den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Bulganin sagt er, sie beträfen zusammen mit den Forderungen der Regierung der «DDR» jene Kernprobleme, deren Lösung das deutsche Volk als erste und wichtigste Schritte zur deutschen Wiedervereinigung in Angriff nehmen müsse.	477
19. 06. 1956	Schreiben des Vorsitzenden der FDP, Dehler, an den Vorsitzenden der Fraktion der LDPD in der Volkskammer der «DDR», Agsten Dehler übersendet den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit für Delikte mit politischem Charakter und erklärt sich bereit, den Entwurf sofort im Deutschen Bundestag einzubringen, wenn die Fraktion der LDPD ihrerseits der Volkskammer einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt.	479
19. 06. 1956	Aus der Rede des Staatspräsidenten Tito in Moskau Tito führt aus, es beständen jetzt in Deutschland zwei Staaten, Westdeutschland und Ostdeutschland, und bezeichnet es als einen Fehler, diese Tatsache außer Acht zu lassen. Er empfiehlt, den Regierungen und dem Volk beider Seiten die Möglichkeit zu geben, eine allmähliche Regelung der deutschen Frage anzustreben. Er bemerkt abschließend, der Standpunkt der sowjetischen Staatsmänner zur Deutschlandfrage sei seinem Standpunkt ähnlich.	481
20. 06. 1956	Aus der Gemeinsamen Erklärung über die sowjetisch-jugoslawischen Besprechungen in Moskau Das Kommuniqué betont die große Bedeutung des Abrüstungsproblems für die Zukunft der Menschheit und empfiehlt Maßnahmen, um die Aufteilung Europas in militärische Blocks zu beenden. Zur Deutschlandfrage führt er aus, nach der Ansicht der beiden Regierungen hätten sich auf dem Territorium Nachkriegsdeutschlands zwei souveräne Staaten herausgebildet; zwischen beiden seien Verhandlungen notwendig.	482

20. 06. 1956	Schreiben des Volkskammerpräsidenten Dieckmann an Bischof D. Dr. Dibelius Dieckmann geht auf die Ausführungen des Bischofs Dibelius vom 13. Juni ein und betont, die Nichteinführung der allgemeinen Wehrpflicht sei wie kein anderes Mittel geeignet, ein Wiedererstehen von Armeen im alten Sinne zu verhindern. Er polemisiert gegen den deutschen Verteidigungsbeitrag und verweist auf die von der Regierung der «DDR» seit 1950 gemachten Vorschläge zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.	484
21. 06. 1956	Aus der TASS-Erklärung zu einer Äußerung des Bundeskanzlers Adenauer Die Nachrichtenagentur TASS dementiert die Äußerung von N. S. Chruschtschow, die Ministerpräsident Mollet und Außenminister Pineau der Öffentlichkeit bekannt machten. Adenauer wird bezichtigt, Chruschtschow Auffassungen unterzuschieben, die dieser nicht geäußert habe. Im übrigen versichert TASS, die Regelung des Deutschlandproblems hänge von den gegenwärtigen Bedingungen und von der Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland ab, sich mit der «DDR» in jenen Fragen zu verständigen, die die Wege der Wiedervereinigung Deutschlands betreffen.	487
23. 06. 1956	Stellungnahme des «Bulletin» zur TASS-Erklärung vom 21. Juni 1956 Das «Bulletin» weist die Ausführungen der Nachrichtenagentur TASS zurück, geht auf das sowjetische Dementi ein und stellt fest, der französische Außenminister Pineau habe die umstrittene Erklärung Chruschtschows auf Befragen bekannt gemacht und bestätigt. Die TASS-Erklärung, die Wiedervereinigung Deutschlands sei nur durch direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der «DDR» zu erreichen, wird als im Widerspruch zu den in Moskau 1955 von Ministerpräsident Bulganin dem Bundeskanzler Adenauer gegenüber anerkannten Verpflichtung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnet.	488
23. 06. 1956	Aide-mémoire der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Die Botschaft protestiert gegen die Festnahme von zwei Personen auf dem Boden der Botschaft, die bei dieser vorsprechen wollten. Das Vorgehen der sowjetischen Miliz stellte einen Bruch der völkerrechtlich anerkannten Unverletzlichkeit der Wohn- und Dienstgrundstücke des bei der Regierung eines dritten Staates akkreditierten Missionschefs dar.	489
26. 06. 1956	Bericht über ein Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Vertreter der Nachrichtenagentur INS Bundeskanzler Adenauer erläutert die Gründe seiner Ablehnung direkter Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands, verweist auf die Lage in der SBZ und unterstreicht die Bedeutung der NATO für die freien Völker.	491
26. 06. 1956	Schreiben des Vorsitzenden der Fraktion der LDPD in der Volkskammer der «DDR», Agsten, an den Vorsitzenden der FDP, Dehler Agsten geht ausführlich auf den ihm übermittelten Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit für Delikte mit politischem Charakter ein, wobei er betont, in der «DDR» bestehe dafür keine Notwendigkeit. Er erklärt, der von Dehler unterbreitete Vorschlag würde das gemeinsame Ziel der baldigen Wiedervereinigung nicht näher bringen.	493
28. 06. 1956	Beschluß des Ministerrates der «DDR» Die Regierung der «DDR» gibt die Reduzierung der Gesamtstärke der Nationalen Volksarmee in Höhe von 120000 Mann um 30000 Mann auf 90000 Mann bekannt. Die freiwerdenden Materialien und finanziellen Mittel sollen für den friedlichen Aufbau der Volkswirtschaft verwendet werden; die Auffüllung der Nationalen Volksarmee soll auch weiterhin durch Werbung von Freiwilligen erfolgen.	496
<i>Zweiter Halbband</i>		
	AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBERSICHT	497
28. 06. 1956	Erklärung der Bundesregierung, abgegeben von Bundesminister von Brentano Bundesminister von Brentano betont, daß alle diplomatischen Beziehungen und Besuche der Bundesregierung der Absicht gelten, ernsthafte Chancen für eine Entspannung oder Verständigung mit der Sowjetunion wahrzunehmen; er erwähnt vor allem den Besuch des indonesischen Staatspräsidenten Sukarno in Bonn und den deutsch-französischen Meinungs austausch in Luxemburg. Er macht eingehende Ausführungen zum Stand der Verhandlungen über die europäische Integration und setzt sich danach mit der sowjetischen Haltung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auseinander, wobei er vor allem auf das Verhältnis der Bundesrepublik zur «DDR» eingeht. Brentano zitiert die umstrittene Äußerung Chruschtschows gegenüber französischen Regierungsmitgliedern und schließt mit der Versicherung, die Bundesregierung sei der Überzeugung, daß der tragische Widerstreit zwischen Macht und Recht, dessen Opfer das deutsche Volk ist, Ausdruck einer tiefgehenden Unordnung in der Welt ist.	497

29. 06. 1956	Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD) Ollenhauer beschäftigt sich zunächst mit der Haltung der Bundesregierung in der Saarfrage und anschließend mit deren Einstellung zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Er bemängelt die Regierungserklärung, weil sie keine Angaben über neue Schritte der Bundesregierung enthalte, um die Wiedervereinigungsfrage wieder ins Gespräch zu bringen und fordert eine entschlossene Initiative, um «auf einer breiteren und höheren Ebene als der Einzellösung der beiden Teile Deutschlands in die Machtblöcke von West und Ost das geeinte deutsche Volk in eine europäische Sicherheitsorganisation einzugliedern, die dem deutschen Volk und allen seinen Nachbarn in Europa ein Höchstmaß an Sicherheit und an Aussichten für eine friedliche und freiheitliche Entwicklung gibt».	528
29. 06. 1956	Abstimmung über die Anträge Drucksache 2406 und Drucksache 2577 Der Antrag Drucksache 2406 auf Ausschlußüberweisung des Antrages der Fraktion des GB/BHE betreffend Rechtsanspruch auf die deutschen Vertreibungsgebiete wird abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, DP, FVP (Drucksache 2577), der die Billigung der außenpolitischen Erklärung der Bundesregierung zum Gegenstand hat, wird angenommen.	544
29. 06. 1956	Verlautbarung der 2. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland In fünf Punkten legt die 2. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ihre Ansichten zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands dar und spricht zu deren Erreichung fünf Empfehlungen und Forderungen aus.	545
30. 06. 1956	Schreiben des ZK der SED an den Vorstand der SPD Das ZK der SED begrüßt die Erklärung der Parteiführung der SPD gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland, teilt mit, dass die Gesamtstärke der Nationalen Volksarmee von 120000 auf 90000 Mann herabgesetzt wurde und schlägt gemeinsame Beratungen über die Fragen der Abrüstung und die Verhinderung der allgemeinen Wehrpflicht vor.	546
01. 07. 1956	Rede des Bundesministers von Brentano auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft Oberschlesien in Bochum Bundesminister von Brentano gibt einen ausführlichen Überblick über die geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen Oberschlesiens. Daran schließt er eine Darstellung der mit der Oder-Neiße-Linie verbundenen Probleme an, wobei er auf die dazu eingenommene Haltung der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages eingeht.	547
01. 07. 1956	Aufsatz des Bundesministers von Merkatz: Gedanken zur Wiedervereinigung Bundesminister von Merkatz bezeichnet es als Hauptanliegen der deutschen Innenpolitik, der Gefahr der innerdeutschen Verfremdung durch größtmögliche Intensivierung der menschlichen, geistigen und kulturellen Kontakte zwischen der deutschen Bevölkerung diesseits und jenseits der Zonengrenze entgegenzuwirken. Für die Lösung des mit der Sicherheitsfrage gekoppelten Deutschlandproblems verweist er auf freie Wahlen und kontrollierte Abrüstung; wenn die Sowjetunion in diesen Fragen klare Zugeständnisse mache, ergebe sich von selbst eine Wandlung des gesamten, durch das einander Gegenüberstehen zweier Machtblöcke gekennzeichneten Staatensystems.	559
03. 07. 1956	Schreiben Bertolt Brechts an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Brecht wendet sich gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland und schlägt darüber eine Volksbefragung in beiden Teilen Deutschlands vor.	564
03. 07. 1956	Interview des ehemaligen Hohen Kommissars in der Bundesrepublik Deutschland, McCloy, für die Zeitung «Die Welt» McCloy erläutert zunächst das von ihm geschriebene Vorwort zu dem Buch von H. L. Roberts, «Russia and America» und begründet seine Empfehlungen für die Entspannung der Beziehungen zwischen Deutschland einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits.	565
04. 07. 1956	Aus dem Kommuniqué über die deutsch-italienischen Besprechungen in Rom Die deutschen und italienischen Staatsmänner bekunden ihre gemeinsame Überzeugung von der Notwendigkeit, den Prozeß der europäischen Integration zu fördern und zu beschleunigen und stellen ihr Einverständnis über die Ansicht fest, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine notwendige Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung und für einen wahren Frieden in Europa und in der Welt darstellt.	568
05. 07. 1956	Aus der Ansprache des Papstes Pius XII. beim Empfang des Bundeskanzlers Adenauer Papst Pius XII. bringt seine Hochachtung vor dem Wirken des Bundeskanzlers Adenauer zum Ausdruck und rät dem deutschen Volk vor allem zur Geduld, weil gerade die deutsche Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg belege, welches nationale Unglück denjenigen im politischen Raum bedeuten, die nicht warten können.	569
05. 07. 1956	Bericht über eine Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, in Rostock Ulbricht geht auf die Reduzierung des Mannschaftsbestandes der Nationalen Volksarmee von 120000 auf 90000 Mann ein; er behauptet, die in die Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Jugendlichen sollen in die NATO-Armee gepreßt werden und fordert sie auf, in die «DDR» zurückzukehren.	570

07. 07. 1956	Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der UdSSR in Bonn Das Auswärtige Amt weist die Vorwürfe gegen die Einstellung der Bundesregierung in der Frage der Repatriierung sowjetischer Staatsbürger zurück und gibt eine Darstellung ihrer bisherigen diesbezüglichen Bemühungen.	572
07. 07. 1956	Schreiben des ZK der SED an den Parteitag der SPD Das ZK der SED greift die Parole des SPD-Parteitages «An der Wende der deutschen Politik» auf und verweist dazu auf die Ideen und Entscheidungen des XX. Parteitages der KPdSU. Es erwähnt die Herabsetzung des Bestandes der Nationalen Volksarmee und unterbreitet der SPD Empfehlungen und Vorschläge zur Beseitigung Adenauers und zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands. Es betont abschließend die gemeinsame Zielsetzung aller «Kinder der deutschen Arbeiterklasse».	574
09. 07. 1956	Schreiben des Premierministers Eden an Ministerpräsident Bulganin Premierminister Eden erkennt den Wert einseitiger Rüstungseinschränkungen an, bemerkt jedoch, es sei unumgänglich nötig, «daß die Abrüstung sich im Rahmen eines internationalen Abkommens vollzieht, das eine wirksame Kontrolle und Überwachung sowie ausreichenden Schutz gegen einen Überraschungsangriff vorsieht». Auch erklärt er, es schein ihm praktisch unmöglich, die sowjetischen Vorschläge über Deutschland isoliert zu betrachten; zur Herbeiführung einer wirksamen Entspannung in Europa seien umfassende Vereinbarungen sowohl über die Abrüstung wie auch über dringende politische Fragen, vor allem über die Wiedervereinigung Deutschlands angezeigt.	582
09. 07. 1956	Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP durch Bundeskanzler Adenauer Bundeskanzler Adenauer gibt eine detaillierte Darstellung über die Äußerungen, die N. S. Chruschtschow gegenüber dem französischen Ministerpräsidenten Mollet machte. Er teilt mit, daß die Bundesregierung bei der Regierung der UdSSR keine Schritte unternommen habe, um sich über den genauen Wortlaut der Äußerungen Chruschtschows zu informieren, betont jedoch, die Bundesregierung habe keine Veranlassung, die Glaubwürdigkeit der Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Außenministers in Zweifel zu ziehen.	583
10. 07. 1956	Erklärung der Regierung der «DDR» und des Nationalrats der Nationalen Front Die Erklärung wendet sich gegen das am 7. Juli 1956 vom 2. Deutschen Bundestag angenommene Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und fordert die Jugendlichen der Bundesrepublik auf, sich «der Bonner Militärdiktatur» zu entziehen.	584
12. 07. 1956	Erklärung der Regierung der UdSSR über eine gesamteuropäische Konferenz für friedliche Nutzung der Atomenergie Die Regierung der UdSSR spricht sich für eine breite internationale Zusammenarbeit auf den Gebiet der friedlichen Anwendung der Atomenergie aus und schlägt eine Konferenz der Länder Europas zur Erörterung der damit verbundenen Probleme vor.	585
12. 07. 1956	Aus der Erklärung des Stellvertretenden Außenministers Gromyko vor der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen in New York Gromyko bezeichnet einen «Kalenderplan zur Lösung aller Weltprobleme» als unmöglich, bekundet das Interesse der Sowjetunion für die Regelung der aktuellen Probleme und befürwortet den Abzug aller Truppen aus Deutschland und die Schaffung eines Systems gesamteuropäischer kollektiver Sicherheit.	590
13. 07. 1956	Entwurf der Regierung der UdSSR für ein gesamteuropäisches Wirtschaftsabkommen Der Entwurf sieht auf dem Gebiet des Handels und Transports gemeinsame Unternehmungen wissenschaftlicher und technischer Art und den Austausch von Produktionserfahrungen vor.	591
14. 07. 1956	Grüßschreiben des ZK der KPdSU an den Parteitag der SPD in München Das ZK der KPdSU feiert die demokratische und revolutionäre Tradition der Arbeiterklasse Deutschlands, die der Welt die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, geschenkt hat und hält die Zeit für eine grundlegende Wendung der deutschen Politik für gekommen. Es wendet sich gegen die Propaganda von einer «Gefahr vom Osten» und wiederholt die Auffassung, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eine Sache des deutschen Volkes sei, denn niemand könne das deutsche Problem besser lösen als die Deutschen selbst.	595
14. 07. 1956	Forderungen des Parteitages der SPD in München zur deutschen Wiedervereinigungspolitik Die Forderungen des SPD-Parteitages zur deutschen Wiedervereinigungspolitik befassen sich mit den Grundlagen der Außenpolitik der Bundesrepublik, mit deren Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Ostblockstaaten, mit der Belebung der innerdeutschen Beziehungen und der inneren Gestaltung Deutschlands.	597

14. 07. 1956	Entschließungen des Parteitages der SPD in München Die Entschließung zur Lage in der Sowjetzone stellt fest, daß die SED auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU im brutalen Stalinismus verharre und betont die Verbundenheit der SPD mit der freiheitlich gesinnten Bevölkerung Mitteldeutschlands. Die Entschließung zur Wehrfrage beginnt mit der Forderung nach der Mitwirkung der Politik der Bundesrepublik am Zustandekommen eines Abrüstungsabkommens. Sie bezeichnet die Aufstellung einer Armee von 500000 Mann auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht als ein Erschwernis des Weges zu einer wesentlichen Verminderung der Rüstungen. Die Entschließung zur allgemeinen Politik spricht sich für eine Neuorientierung der Politik der Bundesrepublik aus und führt dazu sieben detaillierte Empfehlungen an. In der Entschließung zum Selbstbestimmungsrecht spricht sich die SPD von der wachsenden Bedeutung des asiatischen Kontinents als einem Faktor der Weltpolitik; sie beauftragt ihren Vorstand, die Beziehungen zu den Sozialisten Asiens weiter auszubauen.	601
14. 07. 1956	Aus dem Kommuniqué über den Besuch des Ministerpräsidenten Nehru in Bonn Das Kommuniqué bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich die gegenwärtige Entwicklung auf eine Minderung der Spannungen hinbewege. Es betont, daß der indische Ministerpräsident sein Einverständnis und seine Sympathie für den Wunsch des deutschen Volkes nach friedlicher Wiederherstellung seiner nationalen Einheit bekundete.	604
16. 07. 1956	Abrüstungsappell des Obersten Sowjet der UdSSR an die Parlamente aller Länder der Welt Der Oberste Sowjet der UdSSR lenkt die Aufmerksamkeit der Völker, Regierungen und Parlamente aller Staaten auf das Problem der Einstellung des Wettrüstens, der Rüstungsbeschränkung und des Verbots der nuklearen Waffen und verweist auf die diesbezüglichen sowjetischen Maßnahmen und Vorstellungen. Russischer und deutscher Wortlaut des Appells.	605
17. 07. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Mollet an Ministerpräsident Bulganin Ministerpräsident Mollet betont das französische Interesse an der Reduzierung des Rüstungsstandes und der Streitkräfte, befürwortet eine Fortsetzung der im Rahmen der Vereinten Nationen begonnenen Beratungen einer Übereinkunft über ein Abrüstungsprogramm und versichert schließlich, daß die Möglichkeit einer Verminderung der auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stationierten französischen Truppen nicht isoliert betrachtet werden kann.	607
17. 07. 1956	Aus dem Kommuniqué über den Besuch des Ministerpräsidenten Menzies in Bonn Das Kommuniqué gibt volle Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Situation und der außenpolitischen Zielsetzung der deutschen und australischen Regierung bekannt und berichtet auch von der Einmütigkeit darüber, daß das wichtigste europäische Problem die Wiedervereinigung Deutschlands ist; ohne dessen Lösung sei eine dauernde Entspannung und ein wahrer Friede in Europa und in der Welt nicht möglich.	608
	VERHANDLUNGEN ZWISCHEN REGIERUNGSDELEGATIONEN DER UDSSR UND DER «DDR» IN MOSKAU	
17. 07. 1956	Erklärung des Ministerpräsidenten Bulganin Ministerpräsident Bulganin spricht von der Aufgabe, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Er bemerkt, die Regierung der «DDR» strebe nach Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands als eines freien, friedliebenden, demokratischen Staates und betrachtet die Erreichung dieses Zieles als eine Angelegenheit des deutschen Volkes. Er versichert, Sowjetregierung und Sowjetvolk brächten dieser Ansicht Verständnis und Sympathie entgegen.	609
17. 07. 1956	Erklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl Grotewohl charakterisiert die Entwicklung seit 1945, rühmt die brüderliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der «DDR» und erklärt, in Deutschland gebe es zwei Staaten, deren Ansicht vom Staat verschieden ist. Das unterzeichnete Protokoll über die wirtschaftliche Hilfe für die «DDR» bezeichnet er als eine große wirtschaftliche Hilfe und als Möglichkeit, mit Westdeutschland in Verhandlungen einzutreten und dem ganzen deutschen Volk die Vorzüge des Sozialismus vor Augen zu führen.	610
17. 07. 1956	Erklärung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht Ulbricht lobt die Entwicklung der «DDR» und versichert, der Kurs der Bonner Regierung auf Umwandlung Deutschlands in einen Staat, der zur NATO gehört, sei zum Scheitern verurteilt. Er betont, die Regierung der «DDR» treibe eine Politik, die den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspreche.	611

17. 07. 1956	Gemeinsame Erklärung der UdSSR und der «DDR» Die Erklärung berichtet über Teilnehmer und Inhalt der Besprechungen. Sie nimmt ausführlich zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands Stellung. Die Regierung der «DDR» betont, daß sie in ihrer gesamten Tätigkeit die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands anstrebe, die Regierung der Sowjetunion bemerkt, daß sie den berechtigten nationalen Forderungen des deutschen Volkes Verständnis und Sympathie entgegenbringe.	
17. 07. 1956	Ansprache des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf einem Empfang nach dem Abschluß der Verhandlungen zwischen der UdSSR und der «DDR» Chruschtschow preist die Entwicklung der «DDR», verweist auf die Lehre von Marx, Engels und Lenin und befaßt sich mit der Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands. Er lehnt die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf «kapitalistischer Grundlage» ab und betont, daß die Führer der «DDR» die Wiedervereinigung Deutschlands auf sozialistischer Grundlage anstreben. Diesen rät er wegen der fehlenden wirtschaftlichen Kontakte zu Geduld, da die Zeit kommen werde, in der die kapitalistischen Länder bei ihm anklopfen.	612 619
18. 07. 1956	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin Bundeskanzler Adenauer legt das Interesse der Bundesregierung an der Erhaltung des Friedens und an der Verminderung der Rüstungsausgaben dar; er gibt zu bedenken, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Westeuropäischen Union sich sowohl einer Rüstungsbeschränkung als einer effektiven internationalen Kontrolle unterworfen hat und erinnert an die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit nennt Adenauer einen Beitrag zur Wahrung des Friedens und zur Festigung der Sicherheit in Europa, dem keine andere Maßnahme an Wirksamkeit gleichkomme.	622
19. 07. 1956	Aus dem Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit ausländischen Journalisten Bundeskanzler Adenauer nimmt Bezug auf den Trinkspruch Chruschtschows vom 17. Juli und bemerkt, die Gewährleistung der sozialen Errungenschaften der «DDR» in einem wiedervereinigten Deutschland sei mit der Bolschewisierung Gesamtdeutschlands gleichbedeutend. Er beschäftigt sich ausführlich mit den Auswirkungen einer Herabsetzung der konventionellen Waffen. Danach geht er auf Detailfragen von Journalisten ein.	623
19. 07. 1956	Aus dem Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Präsident Nasser, Ministerpräsident Nehru und Staatspräsident Tito auf der Insel Brioni vom 18. bis 19. Juli 1956 Die drei Regierungschefs betonen den Zusammenhang der Probleme Mitteleuropas mit dem deutschen Problem und erklären, daß letzteres in Übereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes durch eine friedensvertragliche Regelung gelöst werden müsse.	628
20. 07. 1956	TASS-Erklärung zum Wehrpflichtgesetz der Bundesrepublik Deutschland Die Nachrichtenagentur TASS berichtet aus «führenden sowjetischen Kreisen», die Annahme des Wehrpflichtgesetzes durch den 2. Deutschen Bundestages verschlechtere die politische Situation in Europa und mache die Lösung der Deutschlandfrage noch komplizierter; sie verweist auf die Verringerung der Nationalen Volksarmee der «DDR» und begrüßt den Widerstand gegen das Wehrpflichtgesetz in der Bundesrepublik. Russischer und deutscher Wortlaut der Erklärung.	628
AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES BRITISCHEN UNTERHAUSES		
23. 07. 1956	Aus der Erklärung des Premierministers Eden Premierminister Eden verweist auf die gescheiterte Berliner Konferenz von 1954, zitiert die Erklärung Chruschtschows, daß die Führer der «DDR» eine Wiedervereinigung Deutschlands auf kommunistischer Grundlage anstreben und nimmt zur Frage des militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland Stellung.	630
23. 07. 1956	Aus der Erklärung des Abg. Robens Der Abg. Robens regt Verhandlungen zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziele an, eine Arbeitsgrundlage für die Beschäftigung mit der deutschen Frage zu finden. Er betont, je länger die Wiedervereinigung Deutschlands verzögert werde, desto schwieriger sei sie zu erreichen.	633
24. 07. 1956	Aus der Erklärung des Außenministers Lloyd In einer Diskussion mit den Abg. Crossmann, Robens und Warbey erörtert Außenminister Lloyd Probleme des militärischen Status des wiedervereinigten Deutschland. Er verweist dabei auf die Vorschläge, die Premierminister Eden auf der Konferenz der Regierungschefs in Genf 1955 machte.	635
25. 07. 1956	Schreiben der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Die Alliierte Kommandantur Berlin betont ihren unveränderten Standpunkt über die Lage Berlins, lehnt eine unveränderte Übernahme der Verpflichtung der Beamten zur Leistung eines Treueides auf das Grundgesetz ab und erklärt sich mit der vom Regierenden Bürgermeister vorgeschlagenen Fassung des Treueides einverstanden.	637

27. 07. 1956	<p>Aus dem Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf dem 28. Plenum des ZK der SED</p> <p>Ulbricht rühmt zunächst die sozialen Errungenschaften der «DDR», polemisiert gegen die Bundesrepublik Deutschland und geht auf die angebliche Opposition gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik ein. Er beschäftigt sich mit dem SPD-Parteitag in München, bedauert die Ablehnung der vorgeschlagenen Aktionseinheit und spricht sich für eine Brief- und Werbeaktion in der Bundesrepublik Deutschland aus.</p>	638
28. 07. 1956	<p>Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer zu einer Äußerung des Ministerpräsidenten Bulganin über Schlesien</p> <p>Gegenüber der am 26. Juli 1956 in Kattowitz gemachten Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin, Schlesien sei für immer polnisch, verweist Bundeskanzler Adenauer auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die Schlesien nur der vorläufigen Verwaltung des polnischen Staates unterstellen und die endgültige Regelung einem Friedensvertrag vorbehalten. Er erinnert daran, daß die Bundesregierung wiederholt erklärt habe, die Regelung der deutschen Ostgrenze müsse auf friedlichem Wege erfolgen.</p>	644
04. 08. 1956	<p>Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin</p> <p>In Beantwortung des Schreibens des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. Juni legt Präsident Eisenhower die amerikanischen Vorstellungen über die Reduzierung der Streitkräfte und über die Wiedervereinigung Deutschlands dar; er spricht von einer starken Beunruhigung darüber, daß die Regierung der Sowjetunion entgegen den Beschlüssen der Konferenz der Regierungschefs in Genf entschlossen sei, die Teilung Deutschlands auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten.</p>	646
07. 08. 1956	<p>Aufsatz von H. Rumpf: Ist die Sowjetzone ein Staat?</p> <p>Unter Bezugnahme auf die Völkerrechtslehre erörtert H. Rumpf den Charakter der SBZ und versichert, daß die «DDR» weder deutsch noch demokratisch noch eine Republik im Sinne von Gemeinwesen oder Freistaat, sondern eine pseudostaatliche Tarnorganisation sowjetischer Fremdherrschaft über das deutsche Volk in deutschem Lande sei.</p>	648
10. 08. 1956	<p>Aus dem Bericht über ein Gespräch des Volkskammerpräsidenten Dieckmann mit dem Chefreporter der Zeitung «Die Welt», Besser</p> <p>Dieckmann beschäftigt sich mit dem Begriff Demokratie und dem Problem freier Wahlen. Befragt, ob die Sowjetunion bereit wäre, ihre Position in Mitteldeutschland zu räumen, erklärt er: «Ja, das glaube ich».</p>	652
10. 08. 1956	<p>Aus der Rede des Botschafters Pfeleiderer auf dem Evangelischen Kirchentag in Frankfurt</p> <p>Botschafter Pfeleiderer bezeichnet die Tatsache der deutschen Teilung als den Mittelpunkt der deutschen Politik. Die besondere Schwierigkeit Deutschlands sieht er in dem Übergreifen der östliche Macht auf den Boden des geteilten Deutschlands und in dem Zusammenstoß von zwei Weltsystemen auf deutschem Boden.</p>	653
10. 08. 1956	<p>Erklärung der Regierung der «DDR» zur Suez-Kanal-Konferenz</p> <p>Die Regierung der «DDR» bezeichnet die Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft als einzig und allein dem Ermessen der Regierung Ägyptens unterliegend und demzufolge als rechtmäßig; sie betont, daß auf internationalen Konferenzen die Vertretung beider deutscher Staaten unerläßlich ist, solange die Wiedervereinigung Deutschlands nicht herbeigeführt ist und zwei deutsche Teilstaaten bestehen.</p>	656
15. 08. 1956	<p>Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der «DDR» zur Verweigerung der Einreise einer «DDR»-Delegation nach Großbritannien zur Teilnahme an der Suez-Kanal-Konferenz in London</p> <p>Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der «DDR» teilt mit, die «DDR» sei bis zur Wiedervereinigung einer der beiden deutschen Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches. Es sei eindeutig, daß die Rechte des ehemaligen Deutschen Reiches nicht von der Regierung der Bundesrepublik allein wahrgenommen werden könnten. Jeder der heute in Deutschland bestehenden Staaten könne grundsätzlich nur für das Territorium handeln, das seiner Jurisdiktion untersteht.</p>	658
17. 08. 1956	<p>Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes der Bundesrepublik Deutschland im KPD-Prozeß</p> <p>Das Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes stellt die Verfassungsschwierigkeit der KPD fest und verfügt deren Auflösung. Auch wird untersagt, Ersatzorganisationen für die KPD zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.</p>	659
17. 08. 1956	<p>Erklärung des Präsidenten des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes der Bundesrepublik Deutschland zum Urteil im KPD-Prozeß</p> <p>Der Präsident des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes betont, daß zur Einleitung eines Verfahrens immer das Begehren eines Antragstellers erforderlich sei. Das Bundesverfassungsgericht habe lediglich über die Rechtsfrage zu befinden gehabt, ob nach den Zielen und nach dem Verhalten der KPD der gesetzliche Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG vorliegt; die Doktrin des Marxismus-Leninismus als Wissenschaftslehre sei nicht Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens gewesen. Der Präsident versichert, das Bundesverfassungsgericht lasse sich in seiner richterlichen Entscheidung durch keinerlei Einwirkung von außen, von wem auch immer sie kommen möge, beeinflussen.</p>	660

17. 08. 1956	Verlautbarung der Bundesregierung zum Urteil im KPD-Prozeß Die Bundesregierung bezeichnet den Spruch des Bundesverfassungsgerichtes als die rechtliche Handhabe, den Umsturzbestrebungen der bestehenden Ordnung durch die Kommunistische Partei Deutschlands wirksam zu begegnen. Sie betont, eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit könne nur dann erreicht werden, wenn die eigene Freiheit gegen totalitäre Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, entschlossen verteidigt wird.	660
17. 08. 1956	Aus der Erklärung des Bundesministers Schröder vor der Bundespressekonferenz Bundesminister Schröder verweist auf das Verfahren gegen die Sozialistische Reichspartei und legt eingehend die Ansicht der Bundesregierung über die Tätigkeit und das Verbot der KPD dar. Die Ansicht, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit werde durch ein Verbot der KPD erschwert, bezeichnet er als einen Irrtum.	661
18. 08. 1956	Rede des Vorsitzenden der CDU in der «DDR», Nuschke, in Berlin zum KPD-Verbot Nuschke protestiert gegen das KPD-Verbot, das er in Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik bringt.	664
20. 08. 1956	Erklärung des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front zum Verbot der KPD Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front nennt die Entscheidung des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes das «Schandurteil von Karlsruhe»; es bemerkt, durch dieses sei die Spaltung Deutschlands noch weiter vertieft worden, erklärt seine Verbundenheit mit allen, die gegen die Entscheidung opponieren und kündigt eine Niederlage der «Adenauer Clique» bei den kommenden Bundestagswahlen an.	665
21. 08. 1956	Artikel des Bundeskanzlers Adenauer: Lohnt sich der Aufbau der Bundeswehr noch? Bundeskanzler Adenauer nimmt zur Abrüstungsdiskussion Stellung und erklärt, die deutschen Divisionen könnten sehr viel dazu beitragen, gegenüber jenen abschreckend zu wirken, die kleine Funken an einer Grenze zum Anlaß nehmen könnten, ein weltweites Durcheinander zu inszenieren, um ihren Machtspekulationen neue Nahrung zu geben.	666
23. 08. 1956	Note der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau ersucht das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, ihr bei der Repatriierung deutscher Staatsbürger behilflich zu sein; sie ersucht, Behinderungen durch Milizbeamte beim Betreten des Botschaftsgebäudes zu unterbinden.	668
25. 08. 1956	Schreiben des Ausschusses für Deutsche Einheit an den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses zum Schutz der Verfassung, Menzel Der Ausschuss für Deutsche Einheit befaßt sich polemisch mit dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht, kritisiert die Verwendung ehemaliger Offiziere und Beamte in obersten Bundesbehörden und schlägt die Bildung eines gesamtdeutschen parlamentarischen Gremiums aus Abgeordneten und hervorragenden Rechtskundigen der Gesetzgebenden Körperschaften beider deutscher Staaten vor. Dieses Gremium solle das Karlsruher Urteil vom Standpunkt der Wiedervereinigung und der gesamtdeutschen Beziehungen überprüfen und Vorschläge zu seiner Aufhebung und zur Sicherung der demokratischen Gesetzlichkeit ausarbeiten.	669
25. 08. 1956	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der «DDR» zum Abschluss der Suez-Kanal-Konferenz in London Die Regierung der «DDR» polemisiert gegen die Haltung der Bundesregierung auf der Londoner Suez-Kanal-Konferenz, unterstützt die Politik Ägyptens und erklärt sich «als einer der deutschen Nachfolgestaaten der Unterzeichner der Konvention von 1888 sowie als Benutzer des Suez-Kanals» bereit, an einer Regelung der Probleme der freien Schifffahrt auf dem Suez-Kanal mitzuarbeiten.	675
28. 08. 1956	Verbalnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR weist die in der Note vom 9. Juli gemachten Feststellungen zurück und führt Sowjetbürger an, die angeblich von der Rückkehr in ihre Heimat abgehalten werden. Russischer und deutscher Wortlaut der Verbalnote.	676
	AUSSPRACHE DER VOLKSKAMMER DER «DDR»	
29. 08. 1956	Aus der Erklärung der Regierung der «DDR», abgegeben von Minister Bolz Außenminister Bolz würdigt vor allem die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und der «DDR» vom 16./17. Juli in Moskau, geht ausführlich auf die internationale Situation der «DDR» ein und erklärt, daß nach Ansicht der Regierung der «DDR» die «beiden deutschen Staaten» Nachfolgestaaten des ehemaligen Deutschen Reiches sind.	680

29. 08. 1956	Erklärung des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ulbricht In Beantwortung der Frage des Abg. Homann bezüglich der Beurteilung der Möglichkeiten für die Wiedervereinigung Deutschlands nach der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO, der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und dem Verbot der KPD erklärt Ulbricht, es wäre sinnlos, überhaupt von gesamtdeutschen Wahlen zu sprechen, solange «die westdeutschen Rüstungsmillionäre, die Hitlergenerale und andere kriegslüsterne Kräfte die Möglichkeit haben, ihre wirtschaftlichen und staatlichen Machtmittel zur Wahlbeeinflussung zu benutzen». Im Anschluß daran trägt Ulbricht fünf Forderungen vor, die er als im Interesse des deutschen Volkes und der Sache des Friedens und der Wiedervereinigung liegend bezeichnet.	683
29. 08. 1956	Entschließung aller Fraktionen der Volkskammer der «DDR» Die Volkskammer der «DDR» wendet sich gegen die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik und gegen das Verbot der KPD und tritt der von Ulbricht abgegebenen Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands bei.	686
29. 08. 1956	Erklärung des ZK der KPdSU zum Verbot der KPD Das ZK der KPdSU nennt das Verbot der KPD «einen volksfeindlichen Akt, der die elementaren Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes mit Füßen tritt und auf die Stärkung des aggressiven, die Sicherheit der europäischen Völker bedrohenden deutschen Militarismus abzielt»; es behandelt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland und vergleicht das KPD-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht mit der Unterdrückung der KPD durch den Nationalsozialismus.	686
01. 09. 1956	Russischer und deutscher Wortlaut der Erklärung. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu der Stellungnahme der KPdSU gegen das Verbot der KPD Die Bundesregierung bezeichnet die Verlautbarung des ZK der KPdSU als eine «grobe Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten». Sie stellt fest, daß die KPD von einem unabhängigen Gericht für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst wurde und wendet sich scharf gegen die Behauptung, die Bundesrepublik wolle die Wiedervereinigung Deutschlands mit kriegerischen Mitteln erzwingen.	692
01. 09. 1956	Aus dem Interview des Staatssekretärs Hallstein für die «Politisch-Soziale Korrespondenz» Staatssekretär Hallstein äußert sich über die in Vorbereitung befindliche Wiedervereinigungsnote an die vier Großmächte, deren Inhalt er skizziert.	694
01. 09. 1956	Aus der Rede des Ministers Rau zur Eröffnung der Herbstmesse in Leipzig Rau behauptet, daß immer breitere Wirtschafts- und Handelskreise der kapitalistischen Länder für die Ausdehnung des Ost-West-Handels eintreten, nimmt ausführlich zu den Ereignissen um den Suez-Kanal Stellung und befaßt sich mit dem Handel der «DDR»; den Interzonenhandel bezeichnet er als ungenügend.	695
01. 09. 1956	Artikel des Abteilungsleiters im ZK der SED, Glückauf: Prüfstein der deutschen Außenpolitik Der Artikel geht von der Feststellung aus, die Realität des Bestehens zweier deutscher Staaten finde auch in der Außenpolitik ihren Ausdruck und beschäftigt sich ausführlich mit den Beziehungen sowohl der «DDR» als auch der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion. Er rühmt das gute Einvernehmen zwischen der Sowjetunion und der «DDR» und verurteilt die Ostpolitik der Bundesregierung. Zum Schluß wiederholt er die Erklärung Chruschtschows, die Zukunft gehöre der «Deutschen Demokratischen Republik».	698
MEMORANDUM DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND ZUR FRAGE DER WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS		
02. 09. 1956	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR Die Bundesregierung geht in ihrer Note von der Direktive der Konferenz der Regierungschefs vom 23. Juli 1955 aus, verweist auf die wiederholte Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung der vier ehemaligen Bestatzungsmächte für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und lenkt die Aufmerksamkeit auf das mit übergebene Memorandum.	704
02. 09. 1956	Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR Das umfangreiche Memorandum der Bundesregierung gibt in 15 Punkten eine eingehende, mit zahlreichen Auslassungen belegte Darstellung der Situation Deutschlands. Es schließt mit dem Wunsch nach Beantwortung der berührten Fragen und betont: «Wer die Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage auf unabsehbare Zeit verschiebt, läßt eine schwere Verantwortung auf sich.»	706
02. 09. 1956	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung Frankreichs Die Bundesregierung verweist auf die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955, erinnert an ein Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Mollet vom 5. Juni 1956, daß das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands an erster Stelle der Fragen stehe, die den Weltfrieden bedrohten und die Abrüstung verhinderten und verweist auf ihr an die Regierung der UdSSR gerichtetes Memorandum, das beigegeben ist.	716

02. 09. 1956	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung Großbritanniens Die Bundesregierung erinnert an die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955, verweist auf das Kommuniqué über die deutsch-britischen Besprechungen vom 2. Mai 1956 und erbittet Aufmerksamkeit für ihr an die Regierung der UdSSR gerichtetes Memorandum.	718
02. 09. 1956	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Vereinigten Staaten Die Bundesregierung verweist auf die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955, erwähnt die Erklärung des Staatssekretärs Dulles vom 14. Juni 1956, in der die Wiedervereinigung als ein «Hauptziel des Westens» bezeichnet wurde und übersendet ihr Memorandum vom gleichen Tage.	719
02. 09. 1956	Aus der Botschaft des Papstes Pius XII. an den 77. Deutschen Katholikentag in Köln Papst Pius XII. befaßt sich mit der Situation und der Aufgabe der Kirche in der Gegenwart; er warnt vor dem Trugbild einer falschen Koexistenz und fordert die Katholiken auf, der Welt der Industrie ein christliches Gepräge zu geben.	721
02. 09. 1956	Aus der Ansprache des Bundeskanzlers Adenauer auf der Schlußkundgebung des 77. Deutschen Katholikentages in Köln Bundeskanzler Adenauer warnt vor dem atheistischen Materialismus und wendet sich besonders an die Teilnehmer aus der Sowjetzone und aus Ost-Berlin. Er stellt bedauernd fest, daß der Ernst der gegenwärtigen Situation dem deutschen Volk in allen seinen Schichten und Ständen nicht genügend klar ist.	723
05. 09. 1956	Aus der Rede des Bevollmächtigten der Bundesrepublik in Berlin, Vockel, vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller Der Bundesbeauftragte in Berlin, Vockel, betont, Berlin als ehemalige Reichshauptstadt eines gesamtdeutschen Staates sei im Brennpunkt der Erörterungen um die Wiedervereinigung. Er charakterisiert die deutsche Entwicklung seit 1946 und erläutert die wirtschaftliche und finanzpolitische Situation Berlins. Vockel betont schließlich, die Probleme, die in und um Berlin spielen, müßten in ihren Zusammenhängen gesehen werden. Berlin stehe vor der großen Aufgabe, seine Kräfte nach wie vor zu sammeln und einzusetzen für das große Ziel, wieder die Hauptstadt eines vereinten Deutschlands zu werden.	724
05. 09. 1956	Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Die Botschaft gibt gegenüber dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine Erklärung zur Frage der Ausübung des konsularischen Schutzes für eine Gruppe von deutschen Staatsangehörigen, die bei Ssuchumi konzentriert sind und zur Frage deren Repatriierung ab.	727
06. 09. 1956	Kommentar des «Bulletin»: Rechtsnachfolger des Reiches ist allein die Bundesrepublik Der Kommentar weist darauf hin, daß die Regierung der «DDR» in ihren Erklärungen zur Suez-Krise in der Frage der Nachfolgerschaft des Deutschen Reiches eine Änderung ihrer bisherigen Auffassung vorgenommen hat. Während sie bis zu diesem Zeitpunkt betont habe, sie sei nicht Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches, habe sie jetzt die Rechtsnachfolgestellung für sich beansprucht. Der Kommentar stellt die Frage, erst die Zukunft könne zeigen, ob sich dadurch in der Einstellung der SBZ zu Wiedergutmachungsleistungen und Schuldenzahlungen insbesondere an ausländische Gläubiger etwas ändern werde und betont, daß die staatliche Einheit Deutschlands rechtlich niemals untergegangen sei, da die Abspaltung Mitteldeutschlands vom gesamtdeutschen Staatsverband unter Verletzung ausdrücklicher Vier-Mächte-Verpflichtungen zur Wahrung der deutschen Einheit erfolgt und gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung vorgenommen worden sei.	729
07. 09. 1956	Aus der Erklärung des Ersten Stellvertretenden Außenministers Gromyko bei der Entgegennahme des Memorandums der Bundesregierung Gromyko versichert, die Sowjetunion sei und bleibe eine konsequente Anhängerin der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat, fügte jedoch hinzu, es gebe keinen anderen realen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der «DDR». Er kündigt an, die Sowjetregierung werde beim Studium des Memorandums die in letzter Zeit in der Bundesrepublik ergriffenen «Maßnahmen zur Militarisierung des Landes und zur Unterdrückung der dem deutschen Volk durch das Potsdamer Abkommen garantierten demokratischen Rechte und Freiheiten» berücksichtigen.	730
09. 09. 1956	Ansprache des Staatssekretärs Thedieck auf der Kundgebung des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen Staatssekretär Thedieck beschäftigt sich mit den Genfer Konferenzen des Jahres 1955 und mit der Verlautbarung des ZK der KPdSU zum Verbot der KPD. Er spricht von einer Versteifung der Fronten in der deutschen Frage, die es nicht gestatte, zu warten, bis die große Politik wieder in Bewegung gerate und deutet den Sinn des «Tages der Heimat» in dieser Situation des deutschen Volkes.	731
10. 09. 1956	Note der Regierung der «DDR» an die Regierung der UdSSR Die Regierung der «DDR» begrüßt den sowjetischen Vorschlag zur Schaffung einer gesamteuropäischen regionalen Organisation zur friedlichen Anwendung der Atomenergie und erklärt ihr Einverständnis zur Teilnahme an einer Konferenz der Länder Europas zur Erörterung der damit verbundenen Fragen.	735

11. 09. 1956	Aus der Gemeinsamen Erklärung über die Besprechungen der Regierungsdelegationen der «DDR» und der ČSR in Prag Die Regierung der «DDR» und der ČSR erklären, daß die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands eine Angelegenheit der Deutschen selbst ist und loben die Auffassungen in der Bundesrepublik, die sich für die Anbahnung diplomatischer Beziehungen zwischen der ČSR und der Bundesrepublik Deutschland aussprechen. Die Regierung der «DDR» bemerkt, daß sie Besterbungen der ČSR zur Normalisierung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik unterstützt.	736
11. 09. 1956	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower Ministerpräsident Bulganin beantwortet das Schreiben des amerikanischen Präsidenten vom 4. August, wobei er ausführlich auf die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung eingeht. Er versichert, die sowjetische Regierung sei für eine Wiedervereinigung Deutschlands, die im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den europäischen Sicherheitsinteressen stehe.	738
11. 09. 1956	Bericht über einen Vorschlag des schleswig-holsteinischen Justizministers Leverenz zur Wiedervereinigung Deutschlands Im Anschluss an die Frankfurter Erklärung des Volkskammerpräsidenten Dieckmann schlägt Justizminister Leverenz getrennte Wahlen in beiden Teilen Deutschlands vor, betont jedoch, das primäre Ziel müßten freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland als Grundlage der Wiedervereinigung sei. Er empfiehlt, den Vorschlag Dieckmanns aufzugreifen und sieht für die anschließende Regierungsbildung zwei Möglichkeiten.	743
13. 09. 1956	Artikel der Zeitung «Iswestija»: Möglichkeiten, die ungenutzt bleiben Der Artikel der sowjetischen Zeitung «Iswestija» führt Klage darüber, daß die vor Jahresfrist vereinbarte Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen nicht die erhofften Ergebnisse erbrachten. Er spricht sich gegen eine «mechanische Verschmelzung» der «friedliebenden DDR» mit der «militarisierten Bundesrepublik» aus.	744
20. 09. 1956	Verbalnote der Regierung der UdSSR in Bonn an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland Die Botschaft der UdSSR in Bonn überreicht dem Auswärtigen Amt eine erste Liste von 3013 verschleppten sowjetischen Bürgern, die sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik befinden sollen und ersucht um genaue und bestätigte Angabe des Aufenthaltsortes der in der Liste aufgeführten sowjetischen Staatsangehörigen.	749
22. 09. 1956	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Staatssekretär Thedieck weist die Vorwürfe der Regierung der «DDR» zurück, die Bundesregierung schaffe vorsätzliche Spannungen an den Zonengrenze und stellt fest, daß in den letzten Jahren eine sehr große Anzahl von Übergriffen der sowjetzonalen Grenzpolizei auf das Gebiet der Bundesrepublik registriert wurden.	749
25. 09. 1956	Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der UdSSR in Bonn Das Auswärtige Amt bestätigt den Empfang der Verbalnote der Botschaft der UdSSR in Bonn vom 20. September und versichert, durch die zuständigen inneren Behörden die erforderlichen Nachforschungen anstellen zu lassen. Gleichzeitig weist es unter Bezugnahme auf frühere Noten darauf hin, daß die Bundesregierung jedem in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Flüchtling die ungehinderte Rückkehr in seine Heimat gestatte, es jedoch ablehne, Anschriften von Personen zur Verfügung zu stellen, die die Aufnahme von Beziehungen zu ihrem früheren Heimatland ablehnen.	752
27. 09. 1956	Mitteilung über eine Empfehlung des Ältestenrates des 2. Deutschen Bundestages Der Ältestenrat des 2. Deutschen Bundestages empfiehlt dem Präsidenten, die Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets nach Moskau anzunehmen, nachdem sich in einer vorausgegangenen Fraktionssitzung auch die CDU/CSU mit Mehrheit dafür ausgesprochen hat.	754
27. 09. 1956	Aus der Erklärung des Staatssekretärs Hallstein vor dem 2. Deutschen Bundestag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien Vor der 2. und 3. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 10. März 1956 nimmt Staatssekretär Hallstein zu einzelnen Ausführungen der Rede des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito vom 19. Juni 1956 in Moskau Stellung; er bezeichnet eine Anerkennung der Regierung der «DDR» durch Jugoslawien nicht als bevorstehend und wiederholt die in der außenpolitischen Aussprache des 2. Deutschen Bundestages vom 29. Juni abgegebene grundsätzliche Erklärung der Bundesregierung.	754
28. 09. 1956	Erklärung des Staatssekretärs Hallstein vor dem 2. Deutschen Bundestag zur Beantwortung einer Frage des Abg. Rinke (CDU/CSU) betreffend das «Recht auf die Heimat» Staatssekretär Hallstein versichert, die Bundesregierung habe stets das am 5. August 1950 in Stuttgart von den deutschen Heimatvertriebenen geforderte «Recht auf die Heimat» auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker als politisches Ordnungsprinzip anerkannt. Er verweist auf eine Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen vom 28. Juni 1956 und auf die Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.	759

30. 09. 1956	Artikel von R. Meister: Zum Verbotsurteil gegen die Kommunistische Partei Deutschlands Der Aufsatz tritt der Kritik der Regierung der «DDR» an dem Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts bei und wiederholt die juristische Argumentation der anwaltschaftlichen Vertretung der KPD; er bezeichnet das Verbot der KPD als ein «neues Hindernis auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung».	760
30. 09. 1956	Rundfunkansprache des Bundespräsidenten Heuss zur Eröffnung der «Mitteldeutschen Woche» des Süddeutschen Rundfunks Bundespräsident Heuss bekennt sich zur Mitwirkung an der Gründung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und wendet sich gegen das, wie er sagt, gefährliche Wort von dem «Auseinanderleben» der Deutschen diesseits und jenseits des sogenannten Eisernen Vorhangs.	766
04. 10. 1956	Rede des Stellvertretenden Unterstaatssekretärs Murphy vor der Ernst-Reuter-Gesellschaft in Berlin Murphy bezeichnet Ernst Reuter als einen der größten Bürger Berlins, vergleicht die deutsche und amerikanische Geschichte und erläutert die auf dem Grundsatz der kollektiven Sicherheit basierende Politik der freien Völker. Er charakterisiert die nachstalinistische Außenpolitik der Sowjetunion und betont, daß gegenüber der Bedrohung der freien Welt durch den Kommunismus, die amerikanische Nation an ihrer Forderung nach Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit für alle Völker festhalte.	768
05. 10. 1956	Schreiben des Volkskammerpräsidenten Dieckmann an Bundestagspräsident Gerstenmaier Im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des 2. Deutschen Bundestages in Berlin schlägt Volkskammerpräsident Dieckmann «direkte Verhandlungen der Parlamente der beiden auf deutschem Boden existenten Staaten» vor und bittet Bundestagspräsident Gerstenmaier, von seinem Vorschlag den Mitgliedern des 2. Deutschen Bundestages Kenntnis zu geben.	777
06. 10. 1956	Rundfunkansprache des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano erläutert das am 7. September 1956 der Regierung der Sowjetunion übergebene Memorandum der Bundesregierung zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit vom 2. September. Er geht besonders auf die Teile des Schriftstückes ein, die sich mit der Lage in der «DDR» befassen und teilt mit, daß die Regierung der UdSSR ein aufmerksames Studium des Memorandums und seine Beantwortung zugesagt habe.	778
06. 10. 1956	Kommuniqué über Gespräche zwischen FDP und LDPD in Weimar Im Mittelpunkt der vom 4.-6. Oktober in Weimar geführten Gespräche standen, wie das Kommuniqué bekanntgibt, «Fragen der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider Parteien zur Erreichung dieses Zieles und damit zur Beendigung der unseligen Spaltung Deutschlands».	780
07. 10. 1956	Aus der Rede des Abg. Schmid (SPD) auf der 2. Deutsch-Französischen Konferenz in Bad Neuenahr Abg. Schmid wendet sich gegen eine isolierte Betrachtung und Behandlung auch der deutschen Frage und spricht von drei Möglichkeiten des Verhaltens gegenüber der Situation ostwärts der Oder-Neiße-Linie.	782
08. 10. 1956	Erklärung des Ministerrates der «DDR» zu den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich vom 29. September 1956 Die Regierung der «DDR» spricht sich gegen die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Mollet vom 29. September 1956 in Bonn aus und bezeichnet die geplante Saarregelung als gegen das berechnete Sicherheitsverlangen des französischen Volkes gerichtet; sie fordert die Berücksichtigung detaillierter Vereinbarungen für eine vertragliche Regelung über das Saargebiet.	786
09. 10. 1956	Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland an die Botschaft der UdSSR in Bonn Das Auswärtige Amt befaßt sich mit den in der Note der Regierung der Sowjetunion vom 28. August 1956 erhobenen Vorwürfen über die Behandlung von sowjetischen Strafgefangenen in Strafanstalten der Bundesrepublik. Er bezeichnet die Beschwerden der Inhaftierten als völlig unbegründet und bedauert, daß die Regierung der Sowjetunion sich die Angaben von Strafgefangenen zu eigen gemacht hat.	789
09. 10. 1956	Note der Regierung Frankreichs an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die französische Regierung bestätigt den Empfang der Note und des Memorandums der Bundesregierung vom 2. September 1956; sie bezeichnet beide als einen sehr nützlichen Beitrag zur Erörterung des deutschen Problems, indem sie auf die Möglichkeiten, die zu einer Lösung führen könnten und gleichzeitig auf den demokratischen und friedlichen Charakter der von der Bundesrepublik und ihren Verbündeten geführten Politik hinweist.	790
09. 10. 1956	Note der Regierung Großbritanniens an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die britische Regierung teilt mit, daß sie von der Bundesregierung an die Regierung der Sowjetunion gerichtete Denkschrift mit Sorgfalt und Interesse geprüft habe, begrüßt die von der Bundesregierung ergriffene Initiative und erinnert an die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955.	791

09. 10. 1956	Note der Regierung der Vereinigten Staaten an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Regierung der Vereinigten Staaten versichert unter Bezugnahme auf die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955 ihr fortgesetztes Bemühen, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, da die andauernde Spaltung Deutschlands ein schweres Unrecht gegenüber dem deutschen Volke bedeute.	792
10. 10. 1956	Noten der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Regierung der UdSSR Die Regierungen der drei Mächte erklären, der Wiedervereinigung Deutschlands große Bedeutung zuzumessen und erinnern an die Direktive der Regierungschefs vom 23. Juli 1955. Sie bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierung der UdSSR dem Memorandum der Bundesregierung sorgfältige Beachtung schenkt.	793
10. 10. 1956	Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier zur Eröffnung der 163. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages in Berlin-Charlottenburg Bundestagspräsident Gerstenmaier bedankt sich für die freundliche Aufnahme des 2. Deutschen Bundestages in Berlin und versichert, die regelmäßig wiederkehrenden Tagungen des Deutschen Bundestages in der Hauptstadt Deutschlands würden den festen Willen bekunden, die Mitte Deutschlands gegen den Druck einer unheilvollen weltpolitischen Lage und Machgruppierung zu halten.	794
12. 10. 1956	Abkommen zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der «DDR» und der Hauptverwaltung für Rundfunkinformation beim Ministerium für Kultur der UdSSR über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Rundfunks und des Fernsehfunks Gegenstand des Abkommens ist eine intensive, in ihren Einzelheiten festgelegte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks und des Fernsehens zwischen der UdSSR und der «DDR».	796
16. 10. 1956	Aus der Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer betont, die Teilung und die geographische Lage Deutschlands stellt das deutsche Volk in ein Gefahrengebiet hinein; er rät sowohl von einer Über- als auch von einer Unterschätzung der deutschen Rolle in der Politik ab, da nur eine ausgewogene, stabile und vertrauenswürdige Politik den eigenen nationalen Zielen und der Aufrechterhaltung des Friedens dienen könne.	800
17. 10. 1956	Mitteilung über eine Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der «DDR» an das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland Die Mitteilung berichtet über die Zustellung einer Note, in der die Einstellung aller Polizei- und Justizmaßnahmen gegen Bürger der «DDR» gefordert wird.	803
18. 10. 1956	Aus dem Bericht des Abg. Benvenuti in der Beratenden Versammlung des Europarates Der Abg. Benvenuti beschäftigt sich vor allem mit den Äußerungen des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, über die deutsche Frage, würdigt den Eden-Plan und zitiert die Deutschland betreffenden Ausführungen im Schreiben des amerikanischen Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin vom 7. August 1956.	804
21. 10. 1956	Ansprache des Bundestagspräsidenten Heuss bei der Einweihung des Glockenturms der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg an der Wupper Bundestagspräsident Heuss erinnert an seine Ansprache bei der Einweihung der Gedenkstätte des deutschen Ostens auf Schloss Burg am 21. Oktober 1951, erwähnt die Tätigkeit des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und gibt seiner Freude über die eingetretene Lockerung in den Bestimmungen für Besuchsreisen innerhalb Deutschlands Ausdruck.	807
21. 10. 1956	Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer auf der Tagung des Landesverbandes Westfalen der Jungen Union in Dortmund Bundeskanzler Adenauer beschäftigt sich mit der politischen Entwicklung in Polen und versichert, kein Mensch in der Bundesrepublik denke daran, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die Differenzen über die Oder-Neiße-Linie zwischen Polen und Deutschland anders lösen werde als im Wege von Verhandlungen und gegenseitiger Verständigung.	811
22. 10. 1956	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Regierung der Sowjetunion geht auf die Note und Memorandum der Regierung der Bundesrepublik ein, die ihr am 7. September übergeben wurden. Sie polemisiert gegen die Politik der Bundesregierung, verweist auf die Verringerung des Mannschaftsstandes der Nationalen Volksarmee der «DDR» und wiederholt ihre Ansicht, es gebe nur eine reale Möglichkeit zur Lösung der Aufgabe, Deutschland wieder zu vereinen, nämlich eine Verständigung der «beiden deutschen Staaten». Darüber hinaus würde die Entwicklung der Verbindungen zwischen beiden Ländern nach Ansicht der Regierung der UdSSR zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands beitragen können. Russischer und deutscher Wortlaut der Note.	813

22. 10. 1956	<p>Beschluß des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front über die Gründung des «Deutschen Rates zur Vorbereitung der Wiedervereinigung»</p> <p>Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front gibt seinen Beschluß bekannt, einen aus namhaften Persönlichkeiten der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland gebildeten «Deutschen Rat zur Vorbereitung der Wiedervereinigung» zu bilden und ihn mit der Ausarbeitung von realen Vorschlägen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die schrittweise Überwindung der Spaltung Deutschlands zu beauftragen. Dieser Rat soll in Berlin tagen und 12 Kommissionen einsetzen; letztere sollen in allen Teilen Deutschlands ihre Arbeit durchführen.</p>	825
24. 10. 1956	<p>Aus dem Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers Raab in Bonn</p> <p>Das Kommuniqué stellt Einverständnis zwischen der österreichischen Regierung und der Bundesregierung darüber fest, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit die Voraussetzung für eine Entspannung und einen dauerhaften Frieden in Europa und der Welt ist. Es wird hervorgehoben, daß Bundeskanzler Adenauer erklärt hat, die Haltung der Bundesregierung gegenüber Österreich beruhe fortan auf der Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit, Eigenstaatlichkeit und Neutralität.</p>	827
24. 10. 1956	<p>Erklärung des ZK der verbotenen KPD zur Note der Regierung der UdSSR</p> <p>Das ZK der verbotenen KPD befürwortet uneingeschränkt die Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Oktober 1956 und macht Vorschläge zu den geforderten Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und Parlamenten.</p>	827
26. 10. 1956	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten</p> <p>Die sowjetische Regierung nimmt zu den Noten der Westmächte vom 10. Oktober Stellung, übersendet Abschriften ihrer Antwort auf das Memorandum der Bundesregierung und betont, daß Vorschläge, die die Existenz von zwei selbständigen deutschen Staaten nicht berücksichtigen, nicht zur Lösung der Deutschlandfrage führen und auch nicht führen können.</p>	829
26. 10. 1956	<p>Empfehlung 105 der Beratenden Versammlung des Europarates</p> <p>Die Beratende Versammlung des Europarates unterbreitet dem Ministerrat detaillierte Vorschläge über die Beziehungen zu den nichtfestgelegten Ländern und über die Hilfe für die unterentwickelten Gebiete.</p>	830
26. 10. 1956	<p>Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer auf einer Wahlversammlung in Hannover</p> <p>Bundeskanzler Adenauer nimmt zu den Vorgängen in Polen und Ungarn Stellung und spricht davon, daß sich die Sowjetunion nach dem Kriege zu viel zugemutet habe. Er kritisiert scharf den Beifall, den Machthaber der «DDR» dem Eingreifen sowjetischer Truppen in Ungarn zollten, verteidigt seine Politik und schließt mit der Versicherung, die Bundesregierung sei jederzeit zu vernünftigen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands bereit.</p>	832
26. 10. 1956	<p>Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für den Saarländischen Rundfunk</p> <p>Bundesminister von Brentano gibt zunächst seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß vom 1. Januar 1956 an das Auswärtige Amt nicht mehr mit der Saarfrage befaßt sei und betont, die Bundesregierung verlange von der Sowjetunion nichts anderes, als daß sie die Menschen in der sowjetische besetzten Zone frei entscheiden lassen solle.</p>	836
26. 10. 1956	<p>Aus dem Interview des Volkskammerpräsidenten Dieckmann zur Gründung des «Deutschen Rates zur Vorbereitung der Wiedervereinigung»</p> <p>Dieckmann bedauert, daß sein Verhandlungsangebot an den Bundestag unbeachtet blieb und bemerkt, die Bildung des «Deutschen Vertrages zur Vorbereitung der Wiedervereinigung» sei ein politisches Faktum von großer Bedeutung.</p>	837
27. 10. 1956	<p>Gespräch zwischen Grotewohl, Ulbricht und Berliner Arbeitern im Deutschen Fernsehfunk</p> <p>Die Teilnehmer der Fernsehdiskussion bringen zunächst ihre Erschütterung über die Vorgänge in Ungarn zum Ausdruck. Ulbricht bemerkt, die Ausschreitungen hätten vermieden werden können, wenn sich Partei und Regierung rechtzeitig auf die Arbeiterklasse gestützt hätten. Die Frage, ob auch gegen die Regierung der «DDR» Vorwürfe erhoben wurden wie gegenüber Polen und Ungarn, beantwortete Ministerpräsident Grotewohl mit dem Hinweis auf die durchgeführte Entlassung politischer Häftlinge. Ulbricht betont die Notwendigkeit, die Rechte der Volksvertretung zu erweitern und Garantien zu schaffen, daß die Volksvertretungen nicht nur beschließende Organe sind, sondern auch die Durchführung ihrer Beschlüsse kontrollieren können. Er erklärt ferner, zur Sicherung des Friedens sei eine weitere Stärkung der «DDR» und die Einheit aller Kräfte erforderlich.</p> <p>Vollständiger Wortlaut der nur mit erheblichen Kürzungen veröffentlichten Fernsehdiskussion.</p>	838

29. 10. 1956 Kommentar der «Londoner Diplomatischen Korrespondenz»
Der Kommentar stellt fest, auf der Außenministerkonferenz in Genf im Herbst 1955 habe die Sowjetunion versucht, sich der von Ministerpräsident Bulganin anerkannten Verpflichtungen der Großmächte zur Wiederherstellung der politischen Einheit des deutschen Volkes entledigen zu können. Er bezeichnet es als nicht weiter erstaunlich, daß die Sowjetregierung im Augenblick einer krisenhaften Entwicklung ihrer Herrschaft in Osteuropa die Entscheidung freier Wahlen über das von ihm errichtete Regime in Mitteldeutschland ängstlich vermeiden wolle und spricht von einer Anteilnahme der britischen Regierung an dem Notenwechsel zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. 849
30. 10. 1956 Erklärung der Regierung der UdSSR zur Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten
Die Erklärung, ausgelöst durch die Ereignisse in Polen und Ungarn, versucht, ideologische und politische Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Volksdemokraten zu entwickeln. Sie teilt mit, daß die Regierung der Sowjetunion ihr Militärkommando angewiesen habe, die sowjetischen Militäreinheiten aus Budapest zurückzuziehen, sobald die ungarische Regierung diese Maßnahmen für nötig erachte. Es wird unterstrichen, die Völker der sozialistischen Länder würden es nicht zulassen, daß äußere und innere reaktionäre Elemente die Grundlagen des volksdemokratischen Systems erschüttern. Abschließend wird der Hoffnung auf die Konsolidierung des großen Werkes des Friedens und des Sozialismus Ausdruck gegeben. 850
30. 10. 1956 Rundfunkansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Suhr, an die Bevölkerung der «DDR»
Bürgermeister Suhr spricht von einer «gespannten Resonanz» der Ereignisse in Ungarn und verweist auf die Erhebung vom 17. Juni 1953; er fordert die Bevölkerung in Mitteldeutschland auf, sich nicht provozieren zu lassen und schließt mit der Überzeugung, daß auch die Marionetten in der Zone verschwinden werden. 852
01. 11. 1956 Aufsatz von H. Brandweiner: Die Deutsche Demokratische Republik und das Problem der Staatennachfolge
Brandweiner geht ausführlich auf das völkerrechtliche Problem der Staatennachfolge ein. Er vertritt dabei die Ansicht, das Deutsche Reich sei untergegangen, erklärt jedoch, daß die «DDR» hinsichtlich des ehemaligen Deutschen Reiches Nachfolgestaat ebenso wie jeder andere Staat, der ehemaliges deutsches Reichsgebiet innehat, ist. Das Nachfolgeprinzip wendet Brandweiner auch auf die Staatsschulden an, wobei er auf Grund von Unterscheidungen zu der Ansicht gelangt, eine Nachfolge in eine Wiedergutmachungspflicht des Vorgängerstaates bestehe ebenso wenig wie eine solche in einen Wiedergutmachungsanspruch. 853
01. 11. 1956 Aus einem Artikel des Sekretärs des Ausschusses für Deutsche Einheit, Girnus: Gedanken über die deutsche Einheit
Girnus erklärt, die geeinte Arbeiterklasse müsse die Wiedervereinigung Deutschlands im Kampf gegen die «führenden Schichten der imperialistischen Weltbourgeoisie» vollziehen und unterstreicht die historische Notwendigkeit der «Einheit von unten» durch die Charakterisierung der Reichsgründung von 1871 als Akt einer reaktionären Klasse zu Erhaltung ihrer «historisch verjäherten Machstellung». Die Lösung der deutschen Frage nennt er ein Problem des sozialökonomischen Strukturwandels Deutschlands und wendet sich gegen die sogenannte Kaufpreistheorie, gegen die angebliche Aufstandstheorie und gegen die Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen. Von letzteren sagt er, sie seien indiskutabel. Girnus schließt mit der Ansicht, die Wiedervereinigung rücke genau in dem Maße näher, wie die internationale Entspannung fortschreite, die «DDR» politisch, ökonomisch und kulturell stärker werde, die Volksbewegung gegenüber dem Militarismus in Westdeutschland an Breite und Tiefe zunehme und mit den antimilitärischen Kräften der «DDR» verschmelze. 859
- AUSSPRACHE DER VOLKSKAMMER ÜBER DIE ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER «DDR» ZUR ANTWORTNOTE DER REGIERUNG DER UdSSR VOM 22. OKTOBER 1956 AN DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
02. 11. 1956 Aus der Erklärung der Regierung der «DDR», abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl
Grotewohl fordert Verhandlungen, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der «DDR» und der Bundesrepublik Deutschland. Er wiederholt bereits früher gemachte Vorschläge und Forderungen der Regierung der «DDR», erwähnt die Erhebung vom 17. Juni 1953 und versichert, in der «DDR» habe die Entwicklung niemals zu solchen Fällen, Ausschreitungen und Übergriffen geführt, wie sie aus anderen Ländern bekannt wurden. 864
03. 11. 1956 Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer der «DDR»
Die Volkskammer billigt einstimmig die Erklärung der Regierung der «DDR» vom 2. November 1956, bezeichnet die «DDR» als den ersten Friedensstaat der deutschen Geschichte und bekennt sich zur unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion und allen anderen Staaten des sozialistischen Weltsystems. 870

03. 11. 1956	Stellungnahme des Ministerrates der «DDR» zur Erklärung der Regierung der UdSSR vom 30. Oktober 1956 Die Regierung der «DDR» begrüßt die sowjetische Erklärung vom 30. Oktober 1956 und rechtfertigt die Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte in Mitteldeutschland; solange nicht Abmachungen der vier beteiligten Mächte über den Abzug aller Besatzungstruppen getroffen werden, sei der Aufenthalt sowjetischer Truppen in der «DDR» eine notwendige Maßnahme zur Gewährleistung der Sicherheit des deutschen Volkes und der europäischen Sicherheit.	870
03. 11. 1956	Aus der Rundfunkansprache des Bundesministers Kaiser Bundesminister Kaiser würdigt die Ereignisse in Polen und Ungarn und mahnt die Bevölkerung in Mitteldeutschland zu Zuversicht und Geduld. Er betont die Notwendigkeit zu verhandeln und den unveränderten Auftrag der deutschen Politik, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Die vorbildliche Haltung der Bevölkerung in Mitteldeutschland könne nur mit erhöhter Aktivität in der Wiedervereinigung beantwortet werden.	871
AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DIE WELTPOLITISCHE ENTWICKLUNG ÜBERSICHT		
08. 11. 1956	Erklärung der Bundesregierung zur weltpolitischen Entwicklung, abgegeben von Bundeskanzler Adenauer Bundeskanzler Adenauer betont die ernste und große Anteilnahme der Bundesregierung an den vergangenen, auf verschiedenen Schauplätzen erfolgten politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Er erklärt, am 17. Juni 1953 sei in Deutschland der elementare Wille zur Freiheit zum Ausdruck gekommen, bringt den Freiheitskampf des ungarischen Volkes volle Bewunderung entgegen und spricht die Überzeugung aus, daß die Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa auf weite Sicht einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Frage ausüben werden. Adenauer verweist auf die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den verbündeten Mächten, warnt vor einem falschen Wunschglauben und schließt mit der Hoffnung auf den Tag der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.	873
08. 11. 1956	Erklärung des Abg. Krone (CDU/CSU) Der Abg. Krone spricht von einer tiefen Erschütterung des deutschen Volkes, wendet sich gegen eine Gleichstellung der Ereignisse in Ungarn und Ägypten und befaßt sich mit den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion. Er endet mit der Versicherung: «Wiedervereinigung nicht nur in Freiheit, sondern auch in Frieden, nicht als ein Akt der Gewalt, sondern der Politik; Wiedervereinigung ohne Blutvergießen, ohne Rache, ohne Vergeltung, eine Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden».	882
08. 11. 1956	Erklärung des Abg. Mellies (SPD) Der Abg. Mellies nennt die Vorgänge in Ungarn eine furchtbare Tragödie und bezeichnet die Handlungsweise der britischen, der französischen und der israelischen Regierung gegenüber Ägypten als Krieg. In der Teilung Deutschlands sieht er eine dauernde Gefahr für den Frieden; die Teilung müsse überwunden werden, damit die damit verbundene Gefahr beseitigt wird. Mellies fordert die Bundesregierung auf, die für eine Neuorientierung der deutschen Politik notwendigen Schritte zu tun.	886
08. 11. 1956	Aus der Erklärung des Abg. Dehler (FDP) Dehler betont, die Bundesrepublik müsse mit dem Rücken nach dem Westen und in fester unerschütterlicher Bindung an den Westen nach Osten schauen und wirken; er ist der Meinung, daß die Dinge der Welt im Fluß seien und bezeichnet einen europäischen Sicherheitspakt als das Gebot der Stunde.	891
08. 11. 1956	Aus der Erklärung des Abg. Feller (GB/BHE) Der Abg. Feller erinnert daran, daß sich unter der leidenden ungarischen Nation noch etwa 300000 Deutsche befinden. Er streift die in Einheit des Westens entstandenen Risse und verlangt, bei der Neuorientierung der deutschen Politik dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gebührende Beachtung zu schenken.	893
08. 11. 1956	Aus der Erklärung des Abg. Schneider (Lollar) (FVP) Der Abg. Schneider stellt fest, das brutale Vorgehen der Sowjets in Ungarn habe die von der Bundesregierung betriebene und von den Koalitionsparteien getragene Außenpolitik nachdrücklich als richtig bestätigt; es sollte deshalb in Zukunft in der Bundesrepublik keine neutralistische Bewegung mehr geben.	898
08. 11. 1956	Aus der Erklärung des Abg. Brühler (DP) Der Abg. Brühler verurteilt scharf des sowjetische Eingreifen in Ungarn, verlangt Mitgefühl für das ungarische Volk und stellt fest, daß in der Beurteilung der Entwicklung in Ägypten «die große amerikanische Nation» und das deutsche Volk eines Sinnes sind.	899

15. 11. 1956	Aus der Rede des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier auf der 45. Tagung der Interparlamentarischen Union in Bangkok Gerstenmaier bringt Dank und Anerkennung für den Deutschland betreffenden Abschnitt des Berichtes des Generalsekretärs der Interparlamentarischen Union zum Ausdruck. Er bezeugt die tiefe Verbundenheit des deutschen Volkes mit dem ungarischen Volk und betont, daß nur die Bundesrepublik Deutschland das moralische Recht habe, für das ganze deutsche Volk zu sprechen.	901
17. 11. 1956	Erklärung der Regierung der UdSSR zu Abrüstungsfragen Die Sowjetregierung geht von den Ereignissen in Ägypten und Ungarn und von den von ihr ergriffenen Maßnahmen zur Verringerung der Streitkräfte aus; sie unterbreitet in sieben Punkten einen detaillierten Vorschlag zur Verringerung der konventionellen Streitkräfte und zur Kontrolle der nuklearen Waffen. Zur Erörterung und Beschlußfassung ihres Planes empfiehlt sie die Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Indiens.	906
18. 11. 1956	Aus der Gemeinsamen Erklärung der Delegationen der UdSSR und der Volksrepublik Polen über die Verhandlungen in Moskau vom 15. bis 18. November 1956 Die Delegationen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen verurteilen die Aktion Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten. Sie bekräftigen die Notwendigkeit ihrer politischen Zusammenarbeit, vereinbaren die Fortsetzung und den Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen und treffen Bestimmungen über den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppenteile auf polnischem Boden.	912
18. 11. 1956	Aus der Ansprache des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf einem Empfang der polnischen Botschaft in Moskau zum Abschluß der polnisch-sowjetischen Besprechungen Chruschtschow erklärt, die Sowjetunion werde den Abzug ihrer Truppen aus Deutschland und aus anderen Ländern um keinen einzigen Tag verzögern, wenn die kapitalistischen Länder ihre Truppen aus Westdeutschland abziehen und ihre Militär- und Marinestützpunkte auf fremden Territorien aufgeben.	918
18. 11. 1956	Ansprache des Bundesministers Kaiser bei der Gründung des Stadtkuratoriums «Unteilbares Deutschland» in Essen Kaiser betont als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und als Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Essen seine besondere Anteilnahme an der Gründung des Stadtkuratoriums «Unteilbares Deutschland»; er erwähnt die Namensgebung durch Bundespräsident Heuss und bemerkt, in dem Bemühen um die Wiedervereinigung Deutschlands dürfe es keine Parteien, keine Klassen, keine Standesunterschiede geben. Danach gibt Kaiser zu bedenken, daß die deutsche Frage durch die Ereignisse in Polen und Ungarn wieder in den Vordergrund gerückt wurde und versichert, die Wiedervereinigung solle nicht durch Blut und Tränen verwirklicht werden.	918
22. 11. 1956	O. Strasser: Plan zu deutschen Wiedervereinigung Strasser empfiehlt eine Politik der bewaffneten Neutralität Deutschlands. Zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands schlägt er eine Volksbefragung in den drei Teilgebieten, Bundesrepublik Deutschland, Berlin, «DDR», vor. Als Instrument der vier Großmächte mit Deutschland, sowie für den Verkehr der Regierungen der drei deutschen Teilgebiete regt er die Gründung eines «Rates der deutschen Einheit» an; dieser soll nach der Durchführung der Volksbefragung den Charakter einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung erhalten.	922
25. 11. 1956	Interview des Staatssekretärs Thedieck für den Südwestfunk Staatssekretär Thedieck macht im Rahmen des Interviews detaillierte Angaben über die von der Bundesregierung für die Besucher auf Mitteldeutschland geschaffenen Reiseerleichterungen; er betont, die notwendigen Erhebungen würden so unbürokratisch wie möglich durchgeführt werden.	924
26. 11. 1956	Ansprache des Bundespräsidenten Heuss auf dem Festakt anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des ersten Zusammentritts der Stadtverordnetenversammlung von Berlin Heuss erinnert an die Situation im Herbst 1946 und versichert, Berlin sei einfach durch sein Sein und durch seine spannungsreiche Not die geschichtliche Mitte Deutschlands geblieben. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland nennt er einen «transitorischen Vorgang» und spricht von der Notwendigkeit, daß alles, was etatpolitisch und technisch für den Tag X geschehen müsse, vorbereitet werden könne. Berlin weist er den Auftrag zu, den Deutschen in Mittel- und Ostdeutschland den Geist der Freiheit vorzuleben.	926
28. 11. 1956	Entschließung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Frage der Verlegung von Regierungsdienststellen nach Berlin Die Bundesregierung wiederholt ihre Auffassung, daß Berlin die Hauptstadt eines freien, wiedervereinigten Deutschland ist, bemerkt jedoch, daß sie im gegenwärtigen Zeitpunkt die Verlegung der Regierungstätigkeit nach Berlin nicht verantworten könne, da die Stadt im Interesse ihrer eigenen Sicherheit unter Vier-Mächte-Status steht.	930

29. 11. 1956 Schreiben des Volkskammerpräsidenten Dieckmann an den 1. Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Jösch
Volkskammerpräsident Dieckmann nimmt zu der ihm vom ersten Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften übersandten Liste politischer Häftlinge in der «DDR» Stellung. Er setzt sich zunächst mit der angegebenen Zahl auseinander und stellt dieser die Zahl der aus politischen Gründen in der Bundesrepublik Inhaftierten gegenüber. Dieckmann verweist auf die in der «DDR» durchgeführte Entlassungsaktion und fordert den Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften auf, ohne Verzug das Erforderliche zu tun, um die von den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland verurteilten politischen Häftlinge unverzüglich in Freiheit zu setzen. 930
30. 11. 1956 Aus der Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Berlin
Bundesminister von Brentano erläutert zunächst die weltpolitische Situation und betont, die Bundesregierung wolle weder direkt noch indirekt in die Entwicklung Polens, Ungarns und anderer Staaten des Ostblocks eingreifen, verlange jedoch das Recht, daß die Deutschen nach ihrer Ordnung ihren Staat aufbauen und einrichten dürfen. Er verweist auf die Wiedereingliederung des Saarlandes am 1. Januar 1957, die er einen Modellfall dafür nennt, wie zwischen zwei Völkern Spannungen beseitigt und Fragen geregelt werden können. Er wiederholt den Entschluß der Bundesregierung, keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern aufzunehmen, die die «DDR» als einen selbständigen und souveränen Staat anerkennen. Auf die Frage nach den Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion verweist Brentano nachdrücklich auf das Memorandum der Bundesregierung vom 2. September 1956 und kündigt dazu Gespräche der Botschafter an. Nach der Tätigkeit des Senders Freies Europa befragt, erklärt er, dieser sei ebensowenig wie alle anderen Rundfunksender ein staatliches Instrument. Zur Frage der Oder-Neiße-Linie versichert Bundesminister von Brentano, die Bundesregierung sei bereit, Polen eine entsprechende Garantie zu geben, bemerkt jedoch, daß keine Regierung, weder die Bundesregierung noch die Regierung der «DDR» das Recht habe, diese Frage zu lösen, sie gehöre in die Zuständigkeit einer gesamtdeutschen Regierung. Er verwirft die Ansicht, daß eine vorherige Regelung des Oder-Neiße-Problems die Wiedervereinigung fördern könne. Die sowjetische Abrüstungsnote vom 17. November 1956 nennt er eine Möglichkeit zur Eröffnung eines neuen Gesprächs. 933
01. 12. 1956 Aufsatz von Prof. Friedensburg: Wirtschaftliche Probleme der deutschen Wiedervereinigung
Prof. Friedensburg führt zunächst die großen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur Mitteldeutschlands an und kommt zu dem Schluß, daß Mitteldeutschland schlechter versorgt sei als früher. Er geht danach ausführlich auf die Frage der wirtschaftlichen Koexistenz der beiden Landesteile ein und vertritt die Auffassung, weder können die mit Gewalt geschaffenen Zustände in einem neuen Gesamtdeutschland aufrecht erhalten bleiben noch solle das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland automatisch auf das zukünftige Gesamtdeutschland übertragen werden. Ausführlich behandelt er die Veränderungen der sowjetischen Wirtschaftspolitik seit dem Tode Stalins und rät in allen Fragen zu behutsamer Berücksichtigung aller Gesichtspunkte und Auswirkungen. 939
02. 12. 1956 Interview des Ministerialdirektors von Eckardt für den Westdeutschen Rundfunk
Ministerialdirektor Eckardt nennt die Erledigung der Saarfrage eine echte Stützung und Stärkung des europäischen Gedankens. Er beschäftigt sich auf Befragen mit der möglichen Auswirkung dieses Ereignisses auf die NATO und geht auf amerikanische Pressestimmen über eine Neutralisierung Deutschlands ein. Er gibt zu bedenken, daß einer Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den osteuropäischen Ländern das Problem der Anerkennung der «DDR» im Wege steht. 948

06. 12. 1956 Offener Brief des ZK der SED an die studentische Jugend der «DDR»
Das ZK der SED versucht unter Hinweis auf die Verantwortung der studentischen Jugend für die Gesellschafts- und Staatsordnung der «DDR» deren Politik zu erklären und zurechtfertigen; es bezeichnet die «neue Ordnung» in der «DDR» als den Interessen unserer Nation und den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen entsprechend, feiert die «DDR» als ein Bollwerk des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland und spricht von der Absicht der Gegner der «DDR», das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen. Das ZK der SED geht auf die Ereignisse in Ungarn ein, die es als «Konterrevolution reaktionärer Elemente» bezeichnet. An diese Darlegung knüpft es die Erwartung, daß die Mehrheit der studentischen Jugend der «DDR» dem Arbeiter-und-Bauern-Staat ergeben sei und nichts mit westlichen Unruhestiftern und Provokateuren zu tun haben wolle; es preist den Aufbau des Sozialismus als eine große Aufgabe, die in allen verantwortlichen Funktionen des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens kluge und allseitig gebildete Menschen erfordere. Er bemerkt danach, in Deutschland gebe es zwei Arten von Universitäten und Hochschulen, die einem entgegengesetzten Charakter hätten. Aufgabe der Universitäten und Hochschulen der «DDR» sei es, den wissenschaftlich gebildeten Nachwuchs für die Arbeiter- und Bauernmacht zu erziehen. Aufgabe der Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins sei es hingegen, den Nachwuchs für die «Staatsmacht und Wirtschaft der Großbourgeoisie und Junker» auszubilden. Im Hochschulwesen der Bundesrepublik spiegle sich die Macht der finsternen Kräfte der Vergangenheit; bis heute sei trotz aller Reformvorschläge keine grundlegende Hochschulreform durchgeführt worden. Deshalb hätten die Bundesrepublik und West-Berlin nicht das Recht, als Fürsprecher einer Verbesserung des Hochschulwesens der «DDR» aufzutreten; es ginge ihnen auch nicht darum, das demokratische Hochschulwesen der «DDR» zu fördern, sondern dessen Erfolge zunichte zu machen. Das ZK der SED erläutert der studentischen Jugend seine Vorstellungen über die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Weg dazu erfordere das Zusammenwirken und den gemeinsamen Kampf aller friedliebenden und fortschrittlichen Deutschen gegen die Kräfte des Militarismus und der Reaktion. Die Studenten und Studentinnen der «DDR» hätten im Kampf um ein friedliches, demokratisches Deutschland eine edle Aufgabe zu erfüllen; die stärkste Stütze dabei sei die «DDR». Die weitere Steigerung und Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht sei deshalb die wichtigste Aufgabe; dazu gehöre auch eine weitere Verbesserung des Hochschulwesens. Das ZK der SED schließt, indem es die Überzeugung zum Ausdruck bringt, daß die studentische Jugend der «DDR» ihre Pflicht erkenne und mit Begeisterung Anteil nehme an der Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht in der «DDR» und der Schaffung des neuen und demokratischen sozialistischen Deutschlands. 951
07. 12. 1956 Aus einer Pressekonferenz des Bundeskanzlers Adenauer in Bonn
Bundeskanzler Adenauer äußert sich zu der Frage der Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in Mitteldeutschland, zu der Möglichkeit, die Regierungstätigkeit nach Berlin zu verlegen und zu den Vorgängen im Osten, in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten. Er betont angesichts der noch offenen weltpolitischen Fragen die Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den freien Völkern Europas eng zu gestalten. 958
10. 12. 1956 Aus der Gemeinsamen Erklärung des ZK der SED und des ZK der KPC über die Beratungen in Prag vom 9. bis 10. Dezember 1956
Die SED und die KPC sprechen sich für die Beseitigung jeglicher Form des Kalten Krieges und für die Minderung der internationalen Spannung aus; sie pflichten der sowjetischen Abrüstungserklärung vom 17. November bei, die sie als geeignete Grundlage für eine Verständigung aller friedliebenden Menschen bezeichnen und versichern ihre Bereitschaft, die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk Ungarns zu unterstützen, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten Ungarns zu überwinden. SED und KPC bekennen sich zu der Unantastbarkeit der polnischen Westgrenzen an Oder und Neiße; sie betonen ihre Übereinstimmung in der unerschütterlichen Freundschaft der Sowjetunion, die sie die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus nennen. Sie unterstreichen ihre Ansicht, daß die Geschlossenheit der gesamten kommunistischen Weltbewegung unerlässlich sei, um «imperialistischen Provokationen und dem Auftreten der Opportunisten und Renegaten der Arbeiterbewegung aller Art gegen den Sozialismus» entgegenzutreten und wenden sich entschieden gegen alle Versuche, die marxistische Arbeiterbewegung durch eine Einteilung in «Stalinisten» und «Nichtstalinisten», in «alte» und «neue» Richtungen zu spalten. 960
10. 12. 1956 Aus der Erklärung des Stellvertretenden Außenministers Kusnezow vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen
Der Stellvertretende sowjetische Außenminister befaßt sich mit dem angeblichen Einsatz aller Mittel der internationalen Reaktion zur Durchführung des konterrevolutionären Aufstandes in Ungarn. Er wirft «gewissen Kreisen der Vereinigten Staaten» Wühl- und Hetztätigkeit vor und streift die Tätigkeit des Senders Freies Europa. 963

12. 12. 1956 Kommentar des «Bulletin»: Wiedervereinigung kommunistisch?
Der Kommentar befaßt sich mit einer Sendung des Ostberliner Rundfunks vom 26. November 1956, Meldungen der Zeitung «Neues Deutschland» und Erklärungen von SED-Funktionären. Er führt eine Geheimrede Ulbrichts vom 7. Dezember 1956 an, in der dieser versichert habe, der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands werde niemals über freie Wahlen in ganz Deutschland führen. Es gebe nur einen Weg, die Gewinnung der westdeutschen Arbeiterklasse für die SED und die Revolution der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die bestehenden westdeutschen Verhältnisse; allen Illusionen über die Wiedervereinigung durch freie Wahlen müsse entgegengetreten werden, die «DDR» sei das Fundament und das Vorbild für ein künftiges wiedervereinigtes Deutschland. 966
12. 12. 1956 Schreiben des Vorsitzenden der LDPD, Loch, an den Vorsitzenden der FDP, Dehler
Loch bemerkt, er habe die Vorträge und Darlegungen Dehlers zur internationalen Lage und zur Lage in Deutschland aufmerksam studiert und sei zu der eindeutigen Feststellung gekommen, daß es eine Reihe von Berührungspunkten gebe, die seiner politischen Auffassung entsprechen. Er weist es von sich, in eine Polemik über die verschiedenartige Entwicklung in den beiden deutschen Staaten einzutreten, betont jedoch, es sei Tatsache, daß die «DDR» wiederholt konkrete Vorschläge zur friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands gemacht habe. Er erwähnt den sowjetischen Abrüstungsplan vom 17. November 1956 und greift davon vier Punkte heraus, die ihm als Ansatzpunkte für Verhandlungen über die Wiedervereinigung erscheinen. Abschließend erklärt Loch, die Frage des Friedens und das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands seien unmittelbar und untrennbar miteinander verbunden, weshalb Gespräche zwischen den Deutschen endlich zustande kommen müßten. 971
12. 12. 1956 Erster Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen (35. Ausschuß) auf Grund des Beschlusses des 2. Deutschen Bundestages vom 30. Mai 1956 bei der Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA betreffend Entwicklung in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands
Verweis auf die Aussprache des 2. Deutschen Bundestages vom 6. Februar 1957 (Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3). 974
13. 12. 1956 Schreiben des Vorsitzenden der CDU in der «DDR», Nuschke, an den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Krone
Auch Nuschke verweist auf den sowjetischen Vorschlag vom 17. November 1956, den er als einen ernsthaften Versuch bezeichnet, die internationale Lage zu verbessern und das Gespenst des Krieges zu vertreiben. Gerade für die deutsche Politik ergebe sich die besondere Verpflichtung, einen wirksamen Beitrag zur Bewahrung des Friedens zu leisten. Nuschke behauptet, die westdeutsche CDU habe bisher die Politik der westdeutschen Kreise unterstützt, die die deutsche Wiedervereinigung auf dem Wege des «Anschlusses» der «DDR» an die Bundesrepublik Deutschland regeln wollten. Er betont, die Vernunft gebiete, die sowjetischen Vorschläge ernsthaft zu prüfen; an der Erfüllung der Weihnachtsbotschaft «Friede auf Erde und allen Menschen ein Wohlgefallen» mitzuwirken, müsse für jeden verantwortungsbewußten Christen Pflicht und Freude zugleich sein. 974
14. 12. 1956 Communiqué über die Tagung des Ministerrates des Nordatlantikrates
In neun Punkten werden die Ergebnisse der Tagung des Ministerrates des Nordatlantikrates vom 11. bis 14. Dezember festgehalten. Als wesentlicher Schritt zum Ausbau der NATO auf nichtmilitärischem Gebiet wird die Annahme der Empfehlungen des Dreierausschusses bezeichnet, die eine umfassendere und engere Konsultation unter den Mitgliedstaaten in politischen Fragen vorsehen. Die Signatarstaaten des Nordatlantikpaktes bringen ihre Beunruhigung über die Bedrohung der Sicherheit des NATO-Rates zum Ausdruck; sie würdigen die Entwicklung im Suez-Kanal und bezeugen ihre Bestürzung und ihre Abscheu über den Verlauf der Ereignisse in Ungarn. In diesem Zusammenhang betonen die NATO-Staaten, die Völker Europas müßten das Recht haben, ihre Regierungen frei und unabhängig von äußerem Druck und von Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu wählen. Sie geben die Billigung einer Direktive für die künftige militärische Planung unter Berücksichtigung des ständigen Wechsels der sowjetischen Kapazität und der verschiedenen Arten neuerer Waffen bekannt. 976
14. 12. 1956 Aus dem Interview des Bundesministers von Brentano für die «Politisch-Soziale Korrespondenz»
Bundesminister von Brentano geht zunächst auf die osteuropäische Entwicklung ein, wobei er bemerkt, was am 17. Juni 1953 in Berlin begann und über die Ereignisse in Posen und Warschau zu dem heftigen Ausbruch des Freiheitswillens des ungarischen Volkes geführt habe, sei nicht mehr aufzuhalten. Von einer Auflockerung im Ostblock erwartet er die Schaffung eines Klimas, das den Bemühungen um die Wiedervereinigung günstig ist. Er behandelt einen Vorschlag der «Washington Post» und der deutschen Sozialisten und erklärt die Bereitschaft der Bundesregierung, auch weiterhin über eine entmilitarisierte Zone zu sprechen. Voraussetzung dafür sei, daß ein solches Sicherheitssystem nicht zur Anerkennung der Teilung Deutschlands führe. 978

14. 12. 1956 Ausführungen des Senators Knowland vor dem Verein der Auslandskorrespondenten in New York
Knowland ist der Meinung, die Zeit für die Neuordnung der Verhältnisse in Europa sei gekommen; er befürwortet einen neutralen Gürtel von Staaten in Europa. Der Senator Humphrey tritt den Empfehlungen Knowlands bei und versichert, die Wiedervereinigung Deutschlands werde immer wichtiger für die Befriedigung Europas; Zugeständnisse auf beiden Seiten seien dafür angemessen und vertretbar. 980
15. 12. 1956 Rundfunkansprache des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier
Bundestagspräsident Gerstenmaier befaßt sich mit einer Reihe von Vorschlägen, die das Abgeordnetenhaus von Berlin an den Bundestag richtete; er kündigt darüber Beratungen und eine Aussprache an. Er geht auf die Stellung und die Bedeutung Berlins für Deutschland und das deutsche Nationalbewußtsein ein und würdigt den Wiederaufbau des Reichtagsgebäudes. Gerstenmaier schließt mit der Versicherung, daß die einzige operative Größe Deutschlands, die die Wiedervereinigung im Rahmen der Weltpolitik verfechte und eine unabhängige initiative deutsche Außenpolitik entwickeln könne, die Regierung der Bundesrepublik Deutschlands ist. 980
17. 12. 1956 Interview des Bundesministers von Brentano für die Zeitschrift «U. S. News & World Report»
Bundesminister von Brentano vertritt die Auffassung, in Osteuropa sei der Prozeß der evolutionären und revolutionären Emanzipation einiger Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Er erinnert daran, daß er als Sprecher der deutschen Bundesregierung auf der Tagung des Ministerrates des Nordatlantikrates über die Beziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Staaten einen Fünf-Punkte-Plan unterbreitet habe und erklärt, das deutsche Volk habe den aufrichtigen Wunsch, mit allen seinen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben. Es sei willens, für die Wiedervereinigung Opfer zu bringen; es werde bereit sein, diesen Grundsatz auch auf sein Verhältnis zu Polen anzuwenden. Über die Ansichten der sowjetischen Politik nach der Erschütterung ihrer Position in Ungarn und Polen befragt, erklärt Brentano, es sei nicht leicht, die sowjetische Note vom 17. November 1956 zu interpretieren. Vorläufig könne die Bundesregierung dieses Schriftstück nur als unbefriedigend bezeichnen; es gehe eindeutig von der Teilung Deutschlands aus. Die Bundesregierung habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie es für undenkbar hält, ein europäisches Sicherheitssystem und eine Abrüstungsvereinbarung auf der Grundlage des Status quo zu errichten. Brentano befaßt sich mit den Zukunftsaussichten der europäischen Integration und der NATO. Er weist auf die erzielten Ergebnisse hin und versichert abschließend, die Bundesrepublik von heute und das wiedervereinigte Deutschland von morgen würden immer ein integraler Bestandteil der freien Welt bleiben und sich zum gemeinsamen Ziel der freien Völker bedingungslos bekennen. 984
18. 12. 1956 Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington
Staatssekretär Dulles erklärt, die Vereinigten Staaten wünschen kein Wiederaufleben des Kalten Krieges. Er führt zahlreiche politische Probleme an, darunter auch die Teilung Deutschlands. Dazu bemerkt er, auf der Gipfelkonferenz in Genf sei eine eindeutige Einigung erzielt worden, daß Deutschland auf der Grundlage freier Wahlen wiedervereinigt werden solle. Diese Vereinbarung sei von der Sowjetunion gebrochen worden. 988
20. 12. 1956 Aus dem Vorwort des Bundeskanzlers Adenauer für den Tätigkeitsbericht der Bundesregierung 1956
Bundeskanzler Adenauer spricht davon, daß die deutsche Politik im Jahre 1956 sich Ereignissen gegenüber sah, die man rückschauend schon aus einem geringen zeitlichen Abstand als sehr einschneidend, folgenschwer, ja weltbewegend bezeichnen könne. Kein Ereignis des Jahres 1956 habe einen Kurswechsel der Politik der Bundesregierung notwendig gemacht. Adenauer würdigt die Vorgänge in Ungarn und Ägypten, erwähnt vor allem die Verträge mit Frankreich über die Saar und schließt mit einem Zitat des Publizisten Salvador de Madariaga, die Stunde erfordere von allen große Entschlüsse, am meisten von den Deutschen. 989
21. 12. 1956 Aus einer Pressekonferenz des Bundeskanzlers Adenauer in Bonn
Bundeskanzler Adenauer äußert sich zu Überlegungen, die Frage der Teilung Deutschlands durch befreundete Nationen vor die UN bringen zu lassen, geht auf die Frage der Zurückziehung der Truppen der Großmächte aus Mitteleuropa ein und befaßt sich mit dem Problem der Aufnahme offizieller Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Ostblockländern, insbesondere zu Polen. 991
21. 12. 1956 Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der «DDR» an den Generalsekretär der Vereinten Nationen
Die Regierung der «DDR» übersendet dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Denkschrift über subversive Tätigkeit gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der «DDR» und fordert, daß die Vereinten Nationen die Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika mißbilligen und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Einhalt gebieten. 993

21. 12. 1956	Memorandum des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der «DDR» an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Die Regierung der «DDR» schildert in einem umfangreichen Schriftstück gegen sie gerichtete Maßnahmen und Aktionen amerikanischer Dienststellen, Organisationen und Einrichtungen. Als Beweisdokumente fügt sie 22 Schriftstücke, Auszüge und Abbildungen bei.	994
30. 12. 1956	Artikel des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht: Was wir wollen und was wir nicht wollen Ulbricht beschäftigt sich ausführlich mit dem Stand der Wiedervereinigungsfrage und der Lage der «DDR». Er schlägt vor, «zunächst eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, später eine Zwischenlösung in Form der Konföderation oder Föderation zu finden, bis es möglich ist, die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen». Er rechtfertigt die Politik der Regierung der «DDR» und betont mit starkem Nachdruck, daß die sozialistischen Errungenschaften in der «DDR» unantastbar sind; diese seien geschichtlich notwendig für ganz Deutschland.	1002
31. 12. 1956	Schreiben des Präsidenten Eisenhower an Ministerpräsident Bulganin Eisenhower nimmt zu den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vom 17. November 1956 Stellung. Er bemerkt, er werde einer weiteren Zusammenkunft der Regierungschefs zustimmen, wenn immer die Umstände es möglich erscheinen ließen, daß ein greifbares Ergebnis erzielt wird, und sagt eine sorgfältige Prüfung der Abrüstungsvorschläge zu.	1012
31. 12. 1956	Neujahrsansprache des Bundespräsidenten Heuss Bundespräsident Heuss würdigt den politischen Ablauf des Jahres 1956, wobei er besonders auf die Ereignisse in Ungarn und Ägypten eingeht. Die weltpolitischen Auseinandersetzungen der Großmächte hätten immer direkt oder indirekt auch das Schicksal Deutschlands berührt. Heuss begrüßt die Rückgliederung des Saargebietes an die Bundesrepublik Deutschland; er ist zwar der Ansicht, daß damit ein Modell geschaffen worden ist für die vaterländische Gesamteinigung, gibt jedoch zu bedenken, daß die deutsche Wiedervereinigung in die gesamteuropäische Regelung eingegliedert und damit abhängig von der inneren Haltung und Einsicht der Herrschaftsgruppe des Kremls sei.	1014
14. 01. 1957	Kommentar des Ministerialdirektors Grewe: Die Politik der Wiedervereinigung im Jahre 1956 Ministerialdirektor Grewe betont in seiner Rückschau, das Jahr 1956 habe im Gegensatz zu den Jahren 1954 und 1955 keine der deutschen Frage gewidmete Viererkonferenz gebracht. Er befaßt sich mit den Stufen der deutschen Gesamtentwicklung und würdigt die Erringung der außenpolitischen Handlungsfreiheit und die Verbindung mit den drei Westmächten zu einer gemeinsamen Wiedervereinigungspolitik. Er charakterisiert die deutschen Bemühungen von 1951/52, skizziert die Berliner Konferenz 1954 und beschäftigt sich noch einmal mit den Genfer Konferenzen von 1955. Er schließt mit der Ansicht, die jüngste Entwicklung in Osteuropa habe es wahrscheinlich gemacht, daß die Aufrechterhaltung des sowjetischen Satellitensystems mit bloßer Waffengewalt auf die Dauer nicht möglich sein wird. Der Fortgang dieser Entwicklung werde auf die Verhandlungsbereitschaft der Sowjets nicht ohne Einfluß bleiben. Damit werde auch der Augenblick kommen, in dem die bisher Schritt um Schritt erkämpften diplomatischen Positionen zur Auswirkung kommen würden; dabei werde es sich wahrscheinlich zeigen, daß die Ereignisse des Jahres 1956 nicht ohne wesentliche Bedeutung waren.	1017

ANHANG

Wohnbevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Berliner Sowjetsektors – 1950, 1955 und 1956 –	1023
Wanderungsbewegung zwischen dem Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) und der Sowjetzone einschließlich Sowjetsektor von Berlin – 1955 und 1956 –	1024
Die Fluchtbewegung aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin – 1949 bis 1956 –	1025
Struktur der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen – 1950, 1955 und 1956 –	1026
Struktur der Handwerksbetriebe in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen – 1950, 1955 und 1956 –	1027
Struktur der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen – 1950, 1955 und 1956 –	1028
Struktur des Einzelhandelsumsatzes in der sowjetischen Besatzungszone nach Eigentumsformen – 1950, 1955 und 1956 –	1029
Außenhandel der sowjetischen Besatzungszone – 1950, 1955 und 1956 –	1030